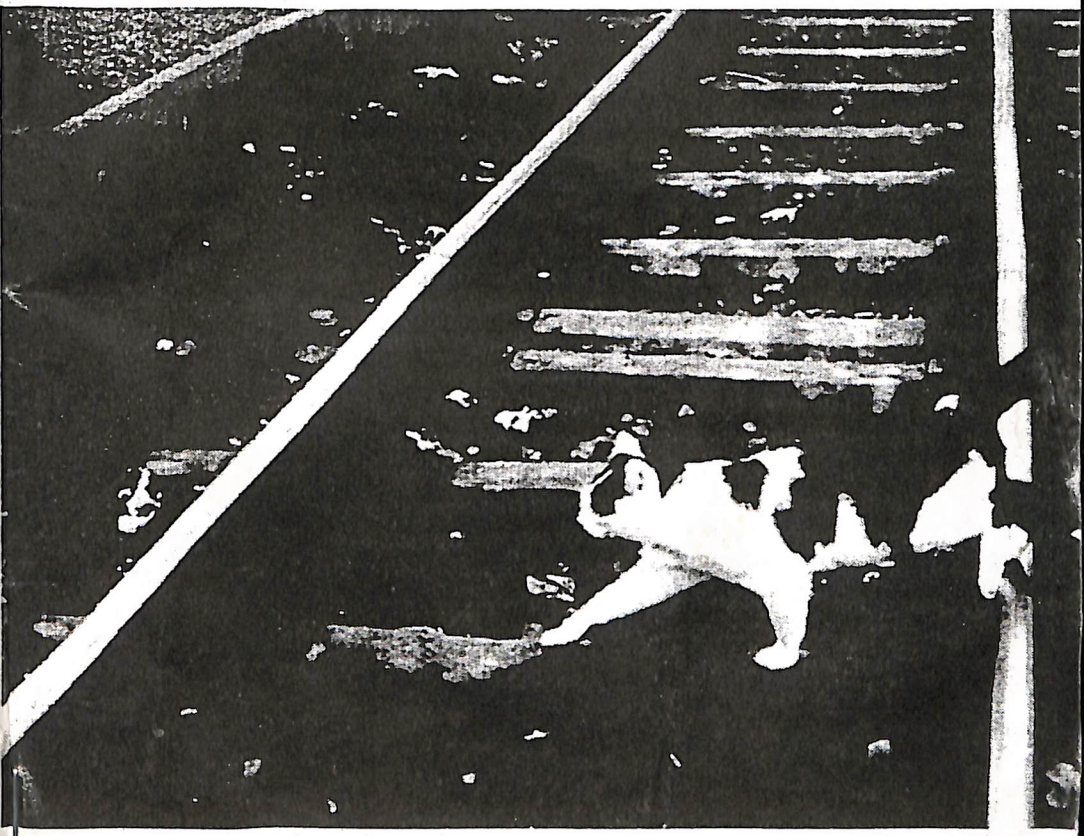
WildCat Zirkular

Nr.15 Mai '95



Wilde Katzen verursachen jährlich beträchtlichen Schaden / Gesetze schützen Jäger

wildcat-zirkular nr.15 / mai 1995

inhalt

editorial 3
zirkulardiskussion 4
kampf gegen abschiebeknäste (brd) 6
aktion in fürstenwalde 9
kriminalisierung von opstand (niederlande) 13
dokumente der streiks in frankreich 15
erklärung zur berliner baugruppe 24
zum ausfüllen: baufragebogen 26
autonomiekongreß (berlin) 30
oktoberkongreß (hamburg) 39
interview zu nordirak-kurdistan 43
textilarbeiterInnen in ägypten 50
arbeiterbauern in china 56

kontakte

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/612 1848
West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn
Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel+Fax: 0621/629 5271
Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg
Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Hello!

Leider haben wir es nicht geschafft, noch was zu den aktuellen Auseinandersetzungen um Castor und Gorleben zu schreiben. Aber bestimmt für die nächste Nummer. Hat ja mal wieder Spaß gemacht, Fernsehnachrichten zu gucken. Auch wenn sie den Behälter rein gekriegt haben (und dabei ein paar Bullen verstrahlten). Also bis zum nächsten Mal ...

Ansonsten hätten wir auch gern noch was zu den Kämpfen in Bolivien hingekriegt (Druck von IWF, USA etc., die das Niederbrennen von Koka-Feldern fordern, ein Angriff auf Reproduktionsmittel der Armen, gleichzeitig Streikbewegung (LehrerInnen), Demos, Unabhängigkeitserklärung einer Region, usw.). Also auch erst in der Juninummer.

Was steht denn nun drin?

Wir sind uns immer noch nicht ganz einig über den Charakter des Wildcat-Zirkulars. Zur bisherigen und zukünftigen Gestaltung siehe **Bemerkungen zur Zirkulardiskussion** (aus Berlin). Danach eine **Einschätzung zur gegenwärtigen Abschiebepolitik**, ein Bericht von einem **Besuch in einem Flüchtlingsheim in Fürstenwalde** und ein kurzer Beitrag zu der **Kriminalisierung von Opstand** in den Niederlanden, über die wir schon in der Nummer 10 berichtet hatten. Die Zukunft der **Berliner Baugruppe**, die schon mehrfach Berichte und Einschätzungen im Zirkular zur Diskussion gestellt hat, ist im Moment völlig unklar. Lest dazu die **Persönliche Erklärung**. Trotzdem geht die Untersuchung weiter, und hier seit ihr alle gefragt: der **Fragebogen Bau** soll möglichst von allen kopiert und von/mit BauarbeiterInnen ausgefüllt werden. Macht hinne!

In der letzten Wildcat und im letzten Zirkular standen Berichte über die Kämpfe in Frankreich. Dokumente dazu in **Ein heißer Frühling in Frankreich?** Ein Kongreß ist grad vorbei und dort ist einiges passiert: **Anmerkungen zum Autonomiekongreß** in Berlin. Ein anderer steht uns noch bevor und wir sind aufgefordert, uns da einzubringen: **Kongreß gegen Ausbeutung und Armut** im Oktober in Hamburg.

Ein **Interview zum Einmarsch der türkischen Armee in Nordirak/Kurdistan** beleuchtet die Hintergründe des Krieges. Am Schluß noch zwei Übersetzungen zu Kämpfen von **TextilarbeiterInnen in Ägypten** und den **Mingong: Arbeiterbauern in China**.

Übrigens ...

Die Videos zu Rußland sind jetzt auch kopiert (siehe Texte im letzten Zirkular). Kosten zusammen 20 DM (plus 5 DM Porto und Versand). Wer die haben will: Bestellung an die Berliner Sisina Adresse und Bezahlung durch Überweisung an SISINA GbR, Konto 31502-109, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 00).

Diskussionsbeitrag zum Wildcat-Zirkular

(aus Berlin)

In diesem Beitrag soll zunächst (nicht nur für die neuen LeserInnen) kurz die bisherige Entwicklung der Diskussion über Sinn und Zweck des Zirkulars geschildert werden. Danach einige offene Fragen zur zukünftigen Gestaltung.

Das Wildcat-Zirkular erscheint seit Anfang 1994 als monatliches Diskussions- und Informationsblatt. Alle AbonnentInnen der Wildcat bekamen die erste Ausgabe zugeschickt und konnten sich auf die Zirkular-Abo-Liste setzen lassen. Dies ersten vier Nummern dienten der Vorbereitung eines Workshops im Juni 1994, auf dem wir u.a über Klassenkampf und Krise, Rassismus und AntiFa diskutierten. Dort wurde die Bildung von vier Regionalredaktionen beschlossen, die das Zirkular im Wechsel herausgeben sollten. Danach wurde es nur noch an Leute verschickt, die sich an dem Diskussionsprozeß aktiv beteiligen wollten. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, über ihre Erfahrungen und Kämpfe zu berichten, Informationen oder Flugblätter reinzugeben oder auch unfertige Thesen zur Diskussion zu stellen. Im Zirkular sollten politische Vorschläge gemacht und weiterführende theoretische Texte und Berichte von Kämpfen in anderen Ländern abgedruckt werden. Es ging um den kontinuierlichen Austausch und die Beteiligung möglichst vieler GenossInnen, vor allem derer, die kaum über ihre Erfahrungen berichtet hatten, weil sie meinten, den vermeintlich hohen Standard der Wildcat-Artikel nicht zu erreichen. Anders als bei der Wildcat, bei der sich die SchreiberInnen mit der Redaktion vor dem Abdruck über Gegenstand und politische Richtung der Artikel auseinandersetzen, sollten die Redaktionen des Zirkulars lediglich Diskussionen anregen und Bezüge herstellen. Nicht zuletzt sollte das Zirkular auch Leuten außerhalb der Wildcat-Zusammenhänge die Möglichkeit geben, sich an den Diskussionen zu beteiligen. So stehen im Zirkular auch strittige und sich widersprechende Artikel.

In den letzten Monaten wurde der bisherige Charakter des Zirkulars als internes Diskussionsorgan infrage gestellt. Das Zirkular wird nicht nur wie geplant als internes Forum behandelt wird, sondern zunehmend auch an Leute weitergegeben, die sich selbst nicht an der Diskussion beteiligen. Bei einer ersten Fragebogenaktion (im HerausgeberInnenkreis) über den Gebrauch des Zirkulars in den einzelnen Städten kam heraus, daß die meisten lediglich die Artikel lesen, es aber nur vereinzelt Arbeitsgruppen oder weitergehende politische Diskussionen gibt, bei denen das Zirkular eine wichtige Rolle spielt. Nach Abdruck des Fragebogens im Zirkular kamen überhaupt keine Antworten!

Vielleicht waren unsere Hoffnungen nach dem Treffen im Juni 1994 auch

einfach zu hoch angesetzt. So eine Zeitung kann eine bessere Organisierung nicht herbeizaubern. Die hängt in erster Linie von den Kämpfen ab, die stattfinden und auf die wir uns beziehen können.
Bleibt festzuhalten: Das Zirkular informiert, hat aber nicht wie erhofft zu einem neuen Schub bei unserer Organisierung geführt. Aus den wenigen Diskussionen ergaben sich kaum praktische Vorschläge. Wir halten das Wildcat-Zirkular aber als monatliche Zeitung weiter für wichtig und sinnvoll. Wir brauchen ein regelmäßiges Forum für die Weitergabe von Informationen über die Kämpfe hier und weltweit und einen Ort, wo wir politische Diskussionen führen können. Auf einem Treffen im März wurde beschlossen, das Zirkular ab dieser Nummer nun auch offiziell weiter zu verbreiten, als Abonnementzeitung, aber auch über unsere eigenen Büchertische. Es soll ein Diskussionsforum bleiben, ab jetzt aber öffentlicher werden. Weiterhin gilt die Aufforderung an alle LeserInnen, eigene Beiträge zu schicken und auf Diskussionen und Thesen einzugehen. Der Weitergabe von Informationen, ob als Berichte über eigene Erfahrungen oder Kämpfe in anderen Regionen der Welt, soll weiter genügend Raum gegeben werden. Aber wenn wir politisch weiter kommen wollen, müssen wir uns aufeinander beziehen, uns kritisieren, unsere Analyse schärfen...
Für den HerausgeberInnenkreis ergeben sich nun Fragen, die wir diskutieren müssen. Eine bloße Ausweitung der Auflage und LeserInnenschaft bringt mehr Arbeit, aber nicht notwendigerweise den notwendigen politischen Schritt nach vorne. Wir wollen ja keine *Interim*, wo Artikel nur zusammengeworfen und verbreitet werden. Kopieren können andere auch! Welches sind also gegenwärtig die wichtigen Auseinandersetzungen, die wichtigen Kämpfe, auf die sich unsere Diskussionen beziehen sollen? Wie greifen wir ein? Nach welchen Kriterien werden Artikel abgedruckt - oder eben nicht? In welcher Beziehung steht das Zirkular zur Wildcat? Bietet sich an, doch nur eine monatliche Zeitung zu machen, in der sowohl die redaktionellen Artikel aus der Wildcat, als auch die bisher im Zirkular erschienenen Beiträge Platz haben?

Zu den Bewegungen gegen Abschiebeknäste

Ein Großteil der ImmigrantInnen nach Deutschland wird seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts bewußt illegalisiert und einer neuen Art von Schwarzarbeitsmarkt zugeführt.[1] Ganze Sektoren wie in Hamburg z.B. das Gaststättengewerbe benutzen inzwischen illegalisierte ArbeiterInnen (ein italienisches Nobelrestaurant in der Hamburger City mußte z.B. neulich nach einer Razzia dichtmachen, weil das gesamte Küchenpersonal festgenommen worden war). Rassismus im Alltag verstärkt zwar die Isolation von einheimischen ArbeiterInnen und kann auch gefährlich sein, aber der politische »big stick« gegen die Illegalisierten ist die Drohung mit Abschiebung und Knast.

Abschiebehaft dient weniger dazu, möglichst viele Menschen abzuschieben,[2] als dazu, die im Untergrund Lebenden einzuschüchtern,[3] und zwar durch eine doppelte Drohung: Wer sich ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis erwischen läßt, wird nicht nur abgeschoben, sondern muß vorher auch noch eine Zeit im Knast sitzen. Das ist vor allem für die Osteuropäer, inzwischen die große Mehrheit der Abgeschobenen,[4] eine besondere Schikane.

---

(1) Neu, weil sie viel mehr als aufenthaltsrechtlich abgesicherte Schwarzarbeiter unter Druck stehen, sich zu verstecken, und dadurch wesentlich schlechtere Ausgangsbedingungen zum Kämpfen haben. Neu, weil einzig die *community* den Einzelnen auffangen kann, ohne irgendwelche Sozialstaatsintervention.

(2) Falls der Staat wirklich alle von ihm selbst Illegalisierten aus Deutschland abschieben will, wie viele AntirassistInnen glauben, dann hat er vor dieser »Aufgabe« faktisch kapituliert. Ich kenne keine aktuellen Schätzungen über die Zahl der Illegalisierten, aber schon vor dem »Asylkompromiß« 1993 sprach das Bundesinnenministerium von einer halben Million. Vermutlich liegt die Zahl inzwischen um etliches höher – aber das ist wiegesagt Spekulation. Die Zahl der Abgeschobenen dagegen lag 1994 bei 53 000.
Natürlich glauben viele Ausländerbeamte und -bullen, Schließer usw. vermutlich genauso wenig an eine bewußte Einrichtung eines Markts von illegalen Arbeitskräften wie besagte AntirassistInnen.

(3) Hinzu kommt natürlich außerdem der Modellcharakter von Knästen für Leute, denen keine einzige Straftat vorgeworfen wird. Genau wie das »Asylbewerberleistungsgesetz« sicher eine Türöffnerfunktion für die neuesten Sozialhilfe-Pläne hatte, kommen solche reinen Internierungsknäste vielleicht noch für andere und breitere Bevölkerungsgruppen in Betracht.

(4) Laut *Die Woche* vom 24.3.95 (als Quelle geben die den BGS an) waren die wichtigsten Herkunftsländer der 53 043 Abgeschobenen 1994: Rumänien 15 153, Polen 7011 (ein Land, aus dem man sogar problemlos visafrei in die BRD einreisen kann), Mazedonien 4228, Bulgarien 3664, Rußland 1635, Albanien 1540, Ukraine 1378, Rest-Jugoslawien

Früher saßen Abschiebegefangene, die nicht sofort aus der Polizeihaft abgeschoben wurden, in normalen Untersuchungs- und Strafknästen. Seit einiger Zeit werden überall in der BRD Abschiebeknäste errichtet: sozial und räumlich[5] isolierte Sonderknäste für Abschiebegefangene. Die Tendenz zur Isolation der Arbeitsmärkte voneinander wird hierdurch noch verstärkt: Fast jeder, den es betrifft, kennt die Abschiebeknäste. Die meisten anderen Leute haben keine Ahnung davon – d.h. sie hätten keine Ahnung, wenn Abschiebeknäste nicht zum Modethema geworden wären.

Schon 1994 gab es mehrere Revolten in Abschiebeknästen: Im April und Mai in Büren (NRW), dem mit 600 Plätzen größten Abschiebeknast der BRD, im Juli in Kassel. All diese Aufstände wurden niedergeschlagen, in Kassel von der GSG 9. Neben solchen großen Aktionen gab es auch eine Reihe von kleineren wie im November die Weigerung der Gefangenen im Hamburger Abschiebeknast Glasmoor, vom Hofgang in die Zellen zurückzugehen. Nicht zuletzt, weil die Presse damals behauptet hatte, die Gefangenen hätten gefordert, schneller abgeschoben zu werden, fuhren Leute hinaus, um mit den Gefangenen selbst zu reden, was sich trotz ebenerdig im Container gelegener Zellen als ziemlich schwierig herausstellte, da die Polizei das Gelände absperrte.

In der Adventszeit organisierten Kirchengemeinden »Sonntagsspaziergänge«, um den Gefangenen »Macht hoch die Tür, die Tor macht weit« vorzusingen. Wir nutzten gleich den ersten Sonntagsspaziergang, um uns an den überraschten Schließern vorbeizudrängen und bis an den eigentlichen, fünf Meter hohen Metallzaun vorzugehen, von wo aus wir ganz gut mit relativ vielen Gefangenen reden konnten. Mehrere Gefangene riefen uns ihre Namen zu, wir bekamen die offiziellen Besuchszeiten heraus, und kurz gesagt entwickelte sich daraus eine Aktivität, die inzwischen schon seit fast fünf Monaten geht: Jeden Sonntag findet ein Sonntagsspaziergang statt (seit Januar mehr oder minder aus dem »autonomen« Spektrum), der regelmäßig an der Bullensperre endet und auf dem für die Gefangenen Redebeiträge (vor allem zur Situation in anderen Abschiebeknästen und in Herkunftsländern wie z.B. Algerien) gehalten werden. Vielleicht wäre das ganze nach den Adventsspaziergängen eingeschlafen, wenn es Silvester nicht eine Demo von etwa 200 Leuten gegeben hätten, die die

---

1221; gegenüber Türkei 3549, Algerien 1531, Indien 944, Ghana 929, Libanon 920, Nigeria 827, Marokko 617. Von allen Abgeschobenen waren gut 31 000 abgelehnte Asylbewerber – das heißt, über 20 000 haben niemals Asyl beantragt und ihr Leben in der BRD von Anfang an illegal organisiert. Ich habe keine Aufschlüsselung der Haftzeiten nach nationalen »Gruppen«.

(5) Wie die meisten neuen Knäste, liegen auch Abschiebeknäste meist irgendwo weitab jeder Siedlung, wo kein öffentliches Verkehrsmittel hinfährt.

Polizei mit Böllern beschoß und den Zaun kräftig ins Wackeln brachte.

Dienstags und Donnerstags werden regelmäßig Gefangene besucht, die uns entweder beim Sonntagsspaziergang ihren Namen zugerufen oder beim Antirassistischen Telefon angerufen und gesagt haben, daß sie besucht werden wollen.

Bei all dem sind wir aber nie in eine echte Diskussion mit den Gefangenen über ihre (und unsere) gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD gekommen. Das »Glasmoor-Plenum« ist vielleicht politisch zu uneinheitlich, um bei den Kundgebungen solche Redebeiträge zu halten, und einzelne Gruppen haben bisher nicht den zerbrechlichen Minimalkonsens des Bündnisses in Frage stellen wollen. So bleibt es dabei, den Gefangenen Mut zuzusprechen, Musiker spielen zu lassen und gegen das Knastsystem zu wettern. Bei den Besuchen wiederum geht es in der Regei um Einzelschicksale, d.h. wir müssen fertige Leute psychisch auffangen, überlegen, wie man mit einem Anwalt noch was machen und Leute rausholen kann, und Leute beraten, wie sie Abschiebeversuche behindern können. Ansonsten dokumentieren wir Praktiken und Fälle.

Knastleitung und Justizbehörde waren anfangs sehr iritiert und versuchten uns mit Einschüchterung und Besuchsverboten loszuwerden. Als sie unsere Hartnäckigkeit und gleichzeitige politische Unklarheit bemerkten, änderten sie ihr Konzept und versuchten, uns als eine Art unbezahlte Sozialarbeiter in den Knast einzubinden. Diese Tendenz ist natürlich in unserer Praxis angelegt, nicht zuletzt in der Forderung nach einem außerordentlichen Besuchsrecht als NGO (dieses Recht soll jetzt das Rote Kreuz bekommen). Wir haben durch planmäßige Regelverstöße versucht, diese Einbindung aufzubrechen und doch noch in eine kollektive Diskussion mit den Gefangenen zu kommen. Ende März sind wir einmal morgens während des Hofgangs direkt zum Knasthof vorgedrungen. Tatsächlich waren etliche Gefangene auf den Besuch vorbereitet, da wir ihnen beim Besuch vorher Bescheid gesagt hatten, die Knastleitung dagegen völlig unvorbereitet und ziemlich sauer. Bei diesem Besuch hatten wir tatsächlich die Möglichkeit, mit einer ganzen Gruppe von Gefangenen gleichzeitig zu reden. Obwohl 30 von uns 20 Gefangenen gegenüberstanden, entstand keine echte Diskussion, keine echte kollektive Situation – vielleicht weil klar war, daß wir sie nicht rausholen würden (das hätt's gebracht!), weil wir nichts vorbereitet hatten, weil die Gefangenen und wir so wieder in die »Beratungssituation« verfielen, zu zweit oder dritt individuelle Geschichten zu besprechen. Unsere Vorschläge, sie sollten sich drinnen organisieren und etwas unternehmen, hörten sie an, aber sie schienen selbst nicht dran zu glauben.

Immerhin ist die Knastleitung seit dieser Geschichte so sauer, daß eine Reihe von Leuten unter verschiedenen Vorwänden Besuchsverbote bekommen haben, Besuche jetzt von bis zu drei Schließern überwacht und protokolliert werden und das Rote Kreuz als offizielle Betreuung in den Knast geholt wird. Politisch

steckt das Plenum trotzdem in der Sackgasse. Der einzige Weg heraus wäre eine wesentliche Verbreiterung der Aktionsbasis: der Versuch, die Illegalisierten zu unterstützen, die noch nicht im Abschiebeknast sitzen.

Gleichzeitig wird das Thema populär. Die Sonntagsspaziergänge, die zwischendurch schon abzubröckeln schienen, sind zunehmend besser besucht. Ständig kommen neue Leute dort hin und auf die Treffen des Plenums. Das scheint aber kein Hamburger Zufall zu sein. Parallel zu neuen Bewegungen in den Abschiebeknästen (unter anderen dem neuesten Aufstand in Büren am 14. April[6], und der Flucht von zehn Gefangenen aus dem Abschiebeknast Kruppstraße in Berlin[7] am 13. April) findet das Thema zur Zeit auch außerhalb viel Beachtung. Vielerorts werden Initiativen gegen Abschiebeknäste gegründet, und auch die Guerilla diffusa hat das Thema aufgegriffen: In Hamburg gab es Brandanschläge gegen ein Auto einer im Knast arbeitenden privaten Wachschutzfirma und gegen das Auto (der Ex-Frau) des Justizsenators, in Solingen gegen ein Fahrzeug der Ausländerbehörde zum Transport von Abschiebegefangenen, und in Berlin einen versuchten Sprengstoffanschlag auf einen Abschiebeknastneubau. Der Berliner Autonomie-Kongreß schloß mit einer 2000-Leute-Demo zum Abschiebeknast Kruppstraße und der Parole »Sprengt alle Abschiebeknäste!« Aber so wichtig es ist, gegen die Abschiebeknäste als big stick der Illegalisierung vorzugehen, politisch zentral wird es sein, daß wir helfen, in der Illegalität, wo die Leute schließlich leben, den Kampf gegen die alltägliche Ausbeutung zu organisieren.

B., Hamburg

Fürstenwalde

Am 5. April lesen wir in der *Berliner Zeitung*, daß Asylbewerber in Fürstenwalde ihr Heim »besetzt« haben. Irgendwie geht es darum daß die Sozialhilfe nicht mehr bar ausgezahlt werden soll. Wir wollen mehr wissen und fahren zu dritt hin. Fürstenwalde liegt auf gut halber Strecke nach Frankfurt/Oder. Auf

---

(6) Dort nahmen Gefangene einem Schließer den Schlüssel ab und holten 40 Gefangene aus ihren Zellen in diesem Trakt, der anschließend völlig verwüstet wurde. Gleichzeitig wurde auch in anderen Trakten Feuer gelegt. Die Revolte wurde von einem SEK niedergeschlagen und 32 der 40 beteiligten Gefangenen in andere Knäste verlegt.

(7) Als die Männer aus Rußland, Polen, Tschechien und China abends im Fernsehraum saßen, drehten sie den Fernseher voll auf und traten dann ungehört die Fenster ein, hebelten die Gitter aus und verschwanden ungesehen.

der Landkarte sehen die etwa 50 km ziemlich nah aus, aber auf den Straßen in und um Berlin dauert es über eine Stunde, bis wir in Fürstenwalde sind. An der ersten Tanke kaufen wir eine Lokalzeitung, in der wir zwar nochmal einen kleinen Artikel, aber keine Adresse finden, also fragen wir uns durch. Etwa eine Stunde später kennen wir die südlich der Spree gelegene Hälfte von Fürstenwalde schon ganz gut: braungrau verputzte Einfamilienhäuser, wenige Mietshäuser, Banken und Läden, zwei asphaltierte Hauptstraßen und mit tiefen Schlaglöchern durchsetzte Sandpisten als Nebenstraßen, ein 200 bis 300 Meter langer Feierabendstau vor der Spreebrücke. Schließlich finden wir auch das Heim.

»Haus Hoffnung« ist ein dreistöckiges Mietshaus aus den fünfziger Jahren mit vier oder fünf Eingängen, eine ehemalige »Russenkaserne«, wie uns Anwohner sagen. Transparente oder ähnliches sind nirgends zu sehen. Das Anwesen umgibt ein hoher Zaun, das Tor ist verschlossen. Im Pförtnerhäuschen neben dem Tor sitzt ein Uniformierter. Auf dem Hof hinter dem Tor stehen etwa fünf Erwachsene und reden, daneben spielen etliche Kinder. Wir treten ans Tor und sprechen den nächststehenden Mann – einen Äthiopier – an: Wir seien aus Berlin und wollten uns über die Besetzung informieren. Welche Besetzung? Na, wir hätten in der Zeitung davon gelesen. Der Wachschützer im Pförtnerhäuschen will unsere Ausweise sehen; wir ignorieren ihn. Eine Frau kommt auf uns zu und will wissen, wie man von so wenig Geld die Kinder ernähren soll. Das Gespräch geht eher zäh und wird erst lebhafter, als ein Kurde dazukommt und entdeckt, daß einer von uns auch Kurde ist.

Kurz darauf geht der Mann zum Pförtner und lotst uns zum Ärger des Wachschützers als seinen Besuch aufs Gelände. Unsere Ausweise müssen wir natürlich dalassen. Der Mann führt uns über den Hof, an den anderen Leuten vorbei, in ein Treppenhaus und hoch in eine kleine Wohnung, die außer dem Teppichboden fast leer ist. Wir setzen uns, bekommen Tee angeboten und begreifen, daß die Leute uns für Journalisten halten. Gar nicht so leicht, zu erklären, was wir wollen. Immer mehr HeimbewohnerInnen kommen dazu. Das Gespräch übernehmen die Frauen.

Worum geht es also? Das Land Brandenburg geht über das Asylbewerberleistungsgesetz hinaus und will allen AsylbewerberInnen, egal wie lange sie schon in der BRD sind, die Sozi in Zukunft nur noch in Form von Einkaufscoupons auszahlen (diese Regelung scheint in Brandenburg ansonsten auch schon durchgesetzt. Der Landkreis Oder-Spree, wo Fürstenwalde liegt, gehört zu den letzten, die die Regelung umsetzen. Laut *Tagesspiegel* ist die Sozialamtsleiterin des Kreises genausowenig einverstanden wie die Ausländerbeauftragte des Landes und die des Kreises. Letztere sagt, sie müsse aber leider dafür sorgen, »daß im Heim Ruhe herrscht«. Als treibende Kraft wird Sozialministerin Hildebrandt

gesehen; die Wut der BewohnerInnen macht sich tatsächlich an ihr fest.

»Haus Hoffnung« wird vom Diakonischen Werk betrieben. Im Heim wohnen 49 Aussiedler und 186 Asylbewerber aus 23 Ländern. Einige Asylbewerber wohnen schon seit vier bis fünf Jahren im Heim. Ob und was die Leute arbeiten gehen, erzählen sie uns natürlich erst mal nicht. Das Klima im Heim sei bisher ziemlich gut und streßfrei gewesen. Jetzt sollen die AsylbewerberInnen keine Kohle mehr kriegen, sondern »Kundenkontenblätter«, mit denen sie nur in zwei Supermärkten in Fürstenwalde einkaufen können, die beide teuer (im Gegensatz etwa zu Aldi) und weit weg vom Heim sind (und ohne Bargeld können sie auch nicht mit dem Bus hinfahren). Im »Famila«-Markt soll eine Sonderkasse für sie eingerichtet werden.

Zum Ablauf der Aktion: Als Ende März der Mann vom Sozialamt mit der Kohle kam, kündigte er, ab dem nächsten Mal werde es nur noch Coupons geben. Daraufhin gab es einen Menschenauflauf vor der Pförtnerloge, wo Post und Geld ankommen, und der Beamte machte sich aus dem Staub. Als er Anfang April wiederkam, erwarteten ihn die Frauen schon am Tor und wollten wissen, ob er Geld dabei habe. Nein, sagte er, nur Coupons. Dann könne er sich gleich wieder verpissen, sagten die Frauen. Aus dieser Situation wurde eine siebenstündige Protestkundgebung auf dem Hof am Tor. Es gab Sprechchöre, vor allem der Frauen und Kinder. Sie malten Transparente und hielten sie hoch. Überhaupt sind es die Frauen, die ganz selbstverständlich die Koordination übernehmen, während die Männer viel gedrückter wirken. Durch die Aktion veränderten sich schon die Beziehungen unter ihnen. Eine Frau zeigt auf eine andere und meint: »Vorher haben wir nicht miteinander geredet.« Sprachschwierigkeiten spielten dabei anscheinend plötzlich keine Rolle mehr.

Zu dieser siebenstündigen Protestkundgebung kam die Presse. Danach ist erstmal nichts mehr passiert. Die Aktion ist nicht vorbei: Sie verweigern nach wie vor die Gutscheine, was allerdings bei einigen von ihn einem faktischen Hungerstreik gleichkommt, weil sie nichts mehr zu essen und kein Geld haben. Sie wissen nicht so recht, wie sie weitermachen sollen. Sie fühlen sich sehr isoliert: Von Berlin mit seinen ethnischen Communities und Einkaufsmöglichkeiten, von den Fürstenwaldern, sogar von den BewohnerInnen des zweiten Asylbewerberheimes in Fürstenwalde, die die Gutscheine angenommen haben. Trotzdem wollen sie nicht aufgeben, und bisher halten sie zusammen.

Eine ebenso resolute wie mißtrauische Frau übernimmt die Gesprächsführung: Was könnten wir tun, um ihnen zu helfen? Gute Frage. Nicht viel, sagen wir. Sie sind vor allem an Pressekontakten interessiert. Wir können der Presse natürlich noch mal Bescheid sagen, wir kennen Leute aus antirassistischen Gruppen in Berlin, die vielleicht weiterwissen ... Andererseits ist Berlin weit. Und Hamburg noch weiter. Ob sie keine Kontakte zu den Leuten in Fürstenwalde

haben? Nein, sie kennen hier niemanden. Vor vier Jahren gab es wohl mal einen Konflikt um Zwangsverpflegung, in dem sie aus der örtlichen »Kulturfabrik« unterstützt wurden, dorthin hätten sie aber keine Kontakte mehr. Wir sagen, sie sollten auf jeden Fall versuchen, solche Kontakte zu kriegen. Andererseits erzählen sie, die Leute am Ort seien nicht besonders rassistisch. Irgendwann hätten mal Skins vor dem Heim gegrölt, aber ansonsten sei es eher ein Nebeneinanderher. Heimleiterin und SozialarbeiterInnen seien sehr nett, sagen sie, redeten ihnen aber ständig alle Aktionen aus: Demos seien von der Polizei verboten, und sie sollten ihre Aktionen lieber abbrechen, die Coupons annehmen und Widerspruch vor Gericht einlegen.

Sie will wissen, was wir ihnen denn vorschlügen? Auch eine gute Frage. Weiter möglichst viele und sichtbare Aktionen machen, sagen wir. Ein Go-In im Sozialamt. – Das Sozialamt ist 25 Kilometer entfernt in Beeskow. – Ein Go-In beim Bürgermeister, eine Demo, sich irgendwie koordinieren mit den Leuten in den anderen Brandenburger Heimen. Aber das ist alles so leicht gesagt. Bei der Demo sind sie schon skeptisch. Sie haben sich überlegt, auf der Straße, aber auch in Schulen und Krankenhäusern Unterschriften zu sammeln.

Schließlich gehen wir. Bevor wir nach Berlin zurückfahren, machen wir noch einen Abstecher bei der »Kulturfabrik«, wo wir den anwesenden ABM-Kräften (»ohne unsere unbezahlten Überstunden würde hier alles zusammenbrechen«) ins Gewissen zu reden versuchen, daß sie mal rübergehen und fragen sollen, ob sie helfen können. Ein Sack Kartoffeln oder so könnte auch nix schaden. Sie sind mißtrauisch: Als X. vom Klo zurückkommt, wollen sie wissen, ob er keine Bombe drin gelegt hat. Ich denke zuerst, sie meinen eine Stinkbombe, ein Witz, und merke dann erschüttert, daß sie das ernst meinen.

Die *Taz*-Reporter werden verständigt und schreiben auch einen Artikel. Ein paar Tage später fährt X. noch mal mit Berliner Antira-Leuten und ein paar Lebensmitteln raus. Diesmal sind ein paar Aslyrechtsprofis dabei. Die Gespräche bewegen sich zum großen Teil auf der juristischen Ebene.

Die *Taz* meldet am 8. April: »Die Situation ... entspannt sich«. Laut Sozialamt in der Kreisstadt Beeskow nähmen jeden Tag einige Menschen mehr die Gutscheine an. Aber am 10. April titelt sie schon wieder: »Aufstand an der Kasse im Supermarkt«. Die AsylbewerberInnen aus »Haus Hoffnung« müßten lange an der Sonderkasse warten und stritten sich mit Wachschützern und Kassierinnen (obwohl letztere die Gutscheine auch für »Schwachsinn« hielten) und kündigten schließlich an: »Wir kommen wieder und werden Unterschriften sammeln.«

Kriminalisierung von Opstand geht weiter

Angriff auf die Organisierung von illegalen ArbeiterInnen in Holland

Im Zirkular Nr. 10 berichteten wir bereits über die Kriminalisierungsversuche gegen das niederländische Untersuchungskollektiv »Opstand«. Am 28. März, genau ein halbes Jahr nach den ersten Durchsuchungen, wurden die beiden Mitglieder von Opstand Hans Krikke und Jan Müter von der Straße weg festgenommen und sechs Tage lang eingeknastet. In dieser Zeit wurden sie fast täglich verhört. Ermittelt wird gegen sie wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (Artikel 140 des niederländischen Strafgesetzes). Opstand wird vorgeworfen, sich an den Aktionen der militanten Gruppe RARA beteiligt zu haben, die z.B. Bombenanschläge auf staatliche Stellen der Kontrolle und Abschiebung von Flüchtlingen durchführte. Verdächtigungen in diese Richtung hatte es schon zuvor in der Presse gegeben. So ist ein Artikel aus der Tageszeitung Telegraaf vom Juli 1993, in dem versucht wird, alle möglichen Gruppen, die Flüchtlinge in Holland unterstützen, mit RARA in Verbindung zu bringen, Bestandteil der Ermittlungsakten. Die Bullen versuchen nun anhand von Indizien eine solche Verbindung nachzuweisen. Bei den Aktionen von RARA soll Opstand die Aufgabe übernommen haben, die Bekennerschreiben zu den Anschlägen verfaßt zu haben. Um dies nachzuweisen, haben die Bullen die Texte auf den bei Opstand beschlagnahmten Computern mit den Schreiben der RARA verglichen. Dabei sind sie darauf gestoßen, daß Jan und Hans einen Teil der Wörter aus den Bekennerschreiben auch benutzen, z.B.: Xenophobie, Schengener Abkommen, Gegenmacht.
Als ein weiteres Indiz taucht in den Ermittlungsakten ein Telefongespräch zwischen Jan und Hans auf, daß diese kurze Zeit nach der ersten Durchsuchung führten. Sie unterhielten sich dabei über die möglichen Gründe für die Durchsuchung. Dabei sagte einer, möglicherweise habe es mit dem ganzen RARA--Gedöns zu tun, da darüber auch in der Presse berichtet wurde. Als weitere Indizien werden von den Bullen benutzt: eine Telefonnummer von einer Frau, die auch bei Opstand mitmacht, die bei einem Mitglied von Dev-Sol gefunden wurde, das wegen Schutzgelderpressung festgenommen worden war. Außerdem soll es einen anonymen Brief geben, demzufolge Jan auf einer Fete war, auf der Geld für RARA gesammelt wurde.

Kurz vor der Festnahme hatten Bullen eines Ermittlungsteams aus Den Haag eine Reihe von Leuten aus verschiedenen Flüchtlingsgruppen aufgesucht. Sie fragten danach, wo z.B. die Plattform Illegale Flüchtlinge (PIV) ihr Geld herbekommt. Am Rande wurde auch nach Kontakten zu Opstand gefragt.

Nach der Einschätzung von Opstand und einem Unterstützungskomitee haben die Bullen eigentlich nichts in der Hand und versuchen mit den Verhören irgendwelche weiteren Anhaltspunkte zu bekommen. Politisch dient die Aktion gegen Opstand, über die auch in der Presse breit und hetzerisch berichtet wurde, dazu, die gesamte Bewegung zur Unterstützung illegaler Flüchtlinge einzuschüchtern und die Entwicklung eines Unterstützungsnetzes zu torpedieren. Über Opstand laufen viele Informationen und Kontakte in diesem Bereich und die Gruppe ist durch die Publikationen und Unterstützungsarbeit zu einer Art Sprachrohr für illegale Flüchtlinge geworden. Möglicherweise gehen die Bullen daher gezielt gegen Opstand vor. Insbesondere sollen auch Gruppen aus dem linksradikalen Spektrum wieder isoliert werden, die gute Kontakte zu etablierten sozialen Organisationen aufbauen konnten.

Gegen die Kriminalisierung und zur Unterstützung von Opstand hat sich in Amsterdam ein Solidaritätskomitee gebildet. Die vorstehenden Informationen haben wir aus dessen ersten Informationsbrief vom April 1995 zusammengestellt.

Komitee Opstanding, p/a Keizersgracht 132, 1015 CW Amsterdam, Tel.: 020-6279661

Solidaritätsspenden: giro 609060, Solidariteitsfonds XminY, Keizersgracht 132, 1015 CW Amsterdam, Stichwort: komitee Opstanding

Ein heißer Frühling in Frankreich?

In Zirkular 14 haben wir anhand einiger Briefe von französichen GenossInnen über die aktuelle Streikwelle in Frankreich berichtet (S. 16 ff.). Der Artikel endete: »Dieser Streik ist sehr wichtig, zeigt aber unbarmherzig, daß heutzutage das große Problem der Arbeiter nicht der Wille zum Kampf ist, sondern wofür und wie sie kämpfen. Wir haben ein Flugblatt geschrieben, das wir vermutlich nächste Woche verteilen. Darin ziehen wir eine Bilanz der Kämpfe und schlagen den "bewußtesten" Arbeitern einige Überlegungen vor.«
Dieses Flugblatt haben sie dann vor einigen Renault-Fabriken verteilt und kurz darauf eine zweite Version herausgebracht. Diese haben wir im folgenden übversetzt und an einigen Stellen mit Informationen aus dem ersten Flugblatt ergänzt.
Der 1991er Streik in Cléon, von dem im Flugblatt die Rede ist, blockierte im Oktober/November drei Wochen lang die Lieferungen von Motoren und Kupplungen an sechs andere Renault-Werke (s. dazu WILDCAT 58, S. 15 ff.).

Im Anschluß daran kommt das achte Flugblatt der *Meuterer von der Bounty*. Von ihnen hatten wir fast alle vorhergehenden Flugis auch im Zirkular übersetzt, so daß wir hier zum Zusammenhang nicht mehr viel erklären brauchen: Es ist eine Gruppe von GebossInnen, von denen einige bei *Air France* arbeiten und die seit dem großen Streik regelmäßig Flugis verteilen und mit den ArbeiterInnen von *Air France* diskutieren.

1. Renault

Zwischen unternehmerischem und juristischem Druck und gewerkschaftlicher Kapitulation können die ArbeiterInnen für die Fortsetzung des Kampfes mehr denn je nur auf sich selbst zählen

Die bei Renault von den ArbeiterInnen in Flins begonnenen und dann von einer starken Minderheit anderer Renault-Werke auf ganz Frankreich ausstrahlenden Kämpfe sind an einem Wendepunkt angelangt.
Einem Wendepunkt, weil die Geschäftsleitung es offensichtlich nach der Ankündigung der "ausgehandelten" (aber in Wirklichkeit von vornherein für die beiden Halbjahre 1995 geplanten) Lohnerhöhungen geschafft hat, die ArbeiterInnen von Choisy-le-Roi zurückzudrängen, die die Fabrik besetzt hielten und die Auslieferung von Einzelteilen in großer Zahl verhinderten. Neun rausgeschmissene Arbeiter und große Polizeiaufmärsche gegen die Besetzung haben

die strategische Bedeutung der Aufhebung der Blockade für die GL gezeigt, die aus dem Streik in Cléon 1991 gegen die Just-in time-Produktion die Konsequenzen gezogen hat. Auf diese Weise wird die Wiederankurbelung der Produktion nach der Wiederaufnahme der Arbeit die Aufhebung der Aussperrung in Douai und Sandouville erlauben, was eine sehr ungünstiger Wirkung auf die Fortsetzung des Streiks haben wird. Außerdem wird die Weigerung der Gewerkschaften, den Streik wirklich auszuweiten (besonders in Douai), die Aufgabe der GL erleichtern und läßt eine verschärfte Isolierung von hunderten der am meisten im Kampf engagierten ArbeiterInnen in Flins befürchten.

Nachdem die Bewegung zur Wiederaufnahme der Arbeit in Choisy-le-Roi begonnen hat und in Flins und anderswo fortgesetzt wurde, hoffte die Geschäftsleitung sehr, den am 8. März durch einen spontanen Kampf der PolstereiarbeiterInnen und MechanikerInnen in Yvelines begonnenen Streik beendet zu haben.
Denkste.
Der Streik geht in Rueil und Lardy weiter und hat in LeMans eine neue Stärke erfahren, wo eine konsequente Minderheit der ArbeiterInnen entschlossen zu sein scheint, den Kampf nach den miesen "ausgehandelten" Lohnsteigerungen fortzusetzen.

Die Geschäftsleitung ist über diese beharrlichen Bewegungen, die die heilige Produktion stören, wütend: 35.000 Kisten konnten in vier Wochen nicht gebaut werden, das entspricht einem Verlust von 250 bis 300 Mio FF (75 bis 90 Mio DM). Nachdem er mit dem Zuckerbrot "Dialog und Verhandlungen" gewedelt hat, zieht der Unternehmer jetzt den großen Peitsche Repression gegen die ArbeiterInnen raus.
Zuerst wurden in Choisy-le-Roi neun Arbeiter entlassen, die das Unrecht begangen haben, sich für die Interessen ihrer Klasse geprügelt zu haben: Sie hatten mit hunderten ihrer Kollegen die Tore der Fabrik blockiert, um auf diese Weise die Belieferung von Montagefabriken mit Einzelteilen zu verhindern. Jetzt sind es Rueil und Le Mans, die die sanften Methoden des Managements des angeblichen "sozialen Schaufensters" Frankreichs kennenlernen: In Rueil werden vier Arbeiter mit Entlassung bedroht, in Le Mans haben 97 Arbeiterinnen eine einstweilige Verfügung erhalten.

Das ist der Moment, den die Gewerkschaften zur Beendigung des Streiks in Le Mans wählen... und ein nettes Picknick organisieren!

Einmal mehr, wie bei GEC-Alsthom im letzten November, sind die Gewerkschaften letztendlich bereit, den Kampf billig zu verkaufen und die Almosen der Geschäftsleitung anzunehmen. Damit bekräftigen sie, daß sie selber nicht an die Forderung nach "1.500 FF für alle" glauben, nachdem sie diese überall ausposaunt hatten. Sie geben sich mit einigen "Zugeständnissen" des Unternehmers zufrieden, wenn die Arbeitermobilisierung langsam verschwindet. Bei GEC-Alsthom haben sie es im letzten November ähnlich gemacht: Wenn hart gekämpft wird, streichen sie den ArbeiterInnen Honig um den Bart, indem sie ihnen die Illusion vermitteln, daß ein Sieg davonzutragen sei. Wenn die Auseinandersetzung rauh wird und der Unternehmer die Initiative ergreift, machen sie sich aus dem Staub, als wenn nichts gewesen sei. Außerdem unterwerfen sie sich den Diktaten der Klassenjustiz, indem sie sich folgsam den Gerichtsentscheidungen beugen.

Das ist vor allem das Ergebnis der Art und Weise, wie die Gewerkschaften die Streiks mit einem Rahmen versehen haben. Neben der Propaganda für die hochtrabenden Ziele wie "1.500 FF für alle" haben sie an der Aufrechterhaltung der Unterschiede zwischen den Fabriken gearbeitet (1.500 FF hier, 500 FF da...) und haben die direkte und ständige Koordination zwischen den streikenden ArbeiterInnen verhindert (die einzigen Vorschläge waren einige symbolische Delegationen sowie die beiden organisierten Versammlungen vor dem Justizgebäude). Schließlich haben sie - heimlich oder ausdrücklich - die von der Geschäftsleitung "großzügig erweiterten" Brosamen akzeptiert (bei RVI Vénissieux z.B. stecken sich die ArbeiterInnen 100 FF brutto mehr pro Monat in die Tasche, während man anderswo bei ungefähr 300 FF angelangt ist).

Selbst bei der Bezahlung der Streikstunden haben sich die Gewerkschaften nicht auf der Höhe gezeigt:
Allgemein ist das Prinzip der Wiederaufholung der während des Streiks verlorenen Produktion durch Samstagsarbeit vereinbart worden. In Flins wird die Geschäftsleitung 44 Streikstunden bezahlen, das wäre die Hälfte der Gesamtstreikstunden hunderter ArbeiterInnen, die sich während drei Wochen mobilisiert hatten, wohingegen man in Choisy-le-Roi erst bei 10 bezahlten Streikstunden für zwei harte Kampfwochen angelangt ist.

Dennoch: wenn die Kräfteverhältnisse zur Durchsetzung des Ziels "1.500 FF für alle" vielleicht nie günstig waren, so ist die Mobilisierung immer noch ausreichend, um locker mehr zu kriegen als die von der GL "zugestandenen" Brotkrümel, so wie es die ArbeiterInnen der Gießerei in Poitou es gefordert haben:

- 500 FF netto für alle und sofort,
- keine Erhöhungen proportional zum Lohn und über das Jahr verteilt,
- die 1,2% Prozent individueller Prämien, die von der GL versprochen wurden, müssen in die allgemeine Lohnerhöhung integriert werden,
- volle Bezahlung der Streikstunden ohne Gegenleistung für die ausgefallene Produktion während des Konfliktes,
- Umwandlung aller Zeitverträge in unbefristete Anstellungen,
- keine Erpressung mit den Arbeitsplätzen: die neuen Arbeitsplätze dürfen nicht mit vorgezogenen Pensionierungen bezahlt werden,
- Aufhebung aller Sanktionen.

Jetzt muß der Streik wie in Le Mans, Lardy und Rueil angesichts der jetzt ausbleibenden Totalmobilisierung weitergehen mit
- Rotationsstreiks und sporadische Arbeitsniederlegungen,
- geplanten Reduzierungen der Taktzeiten und
- Propagandazügen innerhalb der Werke,

um nicht allzuviel Lohn zu verlieren und die Produktion weiterhin so weit wie möglich zu blockieren.
Drei Wochen Streik für durchschnittlich 300 FF brutto: die Rechnung stimmt nicht. Das ist der Beweis dafür, daß der Unternehmer noch zu wenig unter dem Kampf "gelitten" hat und daß es einmal mehr die ArbeiterInnen sind, die riskieren, die Zeche zu bezahlen.
Heute, nach so vielen Jahren
- der Zugeständnisse,
- der lautlosen Ausbeutung,
- der massiven Entlassungen (120.000 in 10 Jahren nur bei PSA und Renault),
- der ins Extreme gesteigerten Arbeitsproduktivität (in Flins z.B. baute jeder Arbeiter durchschnittlich 27 Autos im Jahr 1985, im Jahr 1995 sind es mehr als 60) und
- der Blockierung von Lohnerhöhungen,

können es sich die ArbeiterInnen bei ihren defensiven Kämpfen nicht mehr leisten, auf die Gewerkschaften und die zahlreichen politischen Marionetten zu vertrauen, die im Wahlzirkus auftreten. Sie können nur auf sich selbst zählen, wie zu Beginn des Kampfes in Flins in der Polsterei und bei den MechanikerInnen oder wie bei GEC-Alsthom im letzten Oktober, als sich die jungen ArbeiterInnen mit Zeitverträgen in der Fabrik von Bourogne in den Kampf geworfen haben.

Aber der autonome Beginn der Kämpfe ist nicht ausreichend: Der gesamte Kampf und die Verhandlungen mit dem Unternehmer müssen direkt von den

ArbeiterInnen in die Hand genommen werden. Direkte Organisation und ständige Koordination aller kämpfenden Arbeiter werden eine zwingende Notwendigkeit.
Damit sich die passive proletarische Solidarität, derer sich im allgemeinen die heutigen Kämpfe von Arbeiterminderheiten erfreuen, in eine aktive Kraft verwandelt,
- müssen die kämpfenden ArbeiterInnen auch ihre Propagandaaktionen gegenüber allen noch Unentschlossenen im Unternehmen und außerhalb vervielfachen,
- müssen Unterschriftenlisten und Streikkassen auf die Beine gestellt werden,
- müssen die Arbeiter der Subunternehmer oder der betroffenen ausländischen Filialen des Konzerns aktiv aufgefordert werden, sich in die Bewegung einzureihen.
- Rotierende und mobile Streikposten und starke Delegationen von Fabriken, die sich im Kampf befinden, müssen die Fabriken der Umgebung häufig "besuchen" (für Renault Flins ist das z.B. Peugeot in Poissy), oder diejenigen Fabriken, wo die Aktionen schwächer sind und die mehr von der unternehmerischen und staatlichen Repression bedroht sind (Choisy).
Aber von jetzt an wird der Streik dieser letzten Wochen den großen Verdienst gehabt haben, den Mythos des Unternehmens Renault als "Blüte der nationalen Industrie und soziales Schaufenster" zu zerstören. Ein Mythos übrigens, der sorgfältig von allen nationalistischen Gewerkschaften gepflegt wird, die sogar die Tatsache verbergen wollten, daß der frühere Staatsbetrieb eine Firma wie jede andere ist: Um den weltweiten kapitalistischen Wettbewerb zu "gewinnen", muß sie die Ausbeutung "ihrer" ArbeiterInnen ohne Unterlaß steigern, und sobald sie kann, immer mehr von ihnen vor die Tür setzen (3.000 Entlassungen sind in Flins für die nächsten fünf Jahre vorgesehen).
Es ist immer noch möglich, die GL zum Nachgeben zu zwingen, aber dafür muß man die aktuellen Schranken des Kampfes begreifen und über diese hinausgehen.
Damit sich die Anstrengungen schließlich auszahlen, ist es notwendig, den falschen Verteidigern der ArbeiterInnen nicht weiter zu vertrauen: den Gewerkschaften, allen politischen Parteien - und ihren PräsidentschaftskandidatInnen -, von rechts, in der Mitte und der sogenannten mehr oder weniger extremen Linken!
Das einzige effektive Werkzeug ist die unabhängige Organisation des Klassenkampfes durch die ArbeiterInnen selbst!

FÜR DIE WIEDERAUFNAHME DER ARBEITERINITIATIVE
5.4.1995

2. Air France

Wird der Frühling heiß werden?

Was ist passiert nach der Annahme des Blanc-Plans? Wir sind heute 35 000; dies war der Personalbestand vorm Rückkauf der *UTA*. Das heißt, daß mehr als 10 000 Beschäftigte in die Falle gegangen sind (was die Politiker nicht davon abhält, über die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit zu schwätzen...).
Wir unterliegen Maßnahmen derselben Art, wie sie uns Attali aufzwingen wollte – und wir haben noch nicht alles gesehen!
Blanc und seine Technokratenmannschaft haben gewußt, wie sie uns mit Hilfe der Gewerkschaften reinlegen können. Er hat geschickt mit der Angst (das Unternehmen kämpft ums Überleben, droht zu verschwinden) und der Hoffnung (die 20 Mrd., die alles regeln, wenn wir brav sind) gespielt. Blanc ist es gelungen, einige von uns zu amüsieren mit Dingen wie: Sie fragen uns, wie unserer Meinung nach das Unternehmen funktionieren kann – jeder konnte die großen Veränderungen feststellen, zu denen dies in unserem Leben geführt hat ...
Blanc und die unveränderlichen ARH [?] haben bei den Arbeitszeiten zusammengespielt, um die bittere Pille von einer Stunde mehr Arbeit leichter durchzubringen. Die Diskussionen waren fruchtbar für die Unternehmensleitung, die Meister und die Gewerkschaften, die es geschafft haben, diese Maßnahme im Namen der Verantwortlichkeit akzeptieren zu lassen... Trotzdem gibt es einen Ort, wo die Arbeitszeit nicht erhöht wurde. Dort, wo die Leute in der Diskussion schlauer waren? Wo die Gewerkschaften bessere Aktien hatten? Nein, sondern dort, wo die Arbeiter (bei der *DM Roissy*) statt zu schwätzen sich kollektiv verweigert und sich hartnäckig gewehrt haben ... Das Leben ist manchmal hart für die Meister des Dialogs, sowohl auf Seiten der Unternehmer als auf Seiten der Gewerkschaften.
Es gibt nur schlechte Nachrichten: Die Aktienausgabe an die Arbeiter war ein Flop, nicht einmal die Meister, nicht einmal die braven Sympathisanten der *FO* haben Geld angelegt. Noch schwerwiegender war, daß im Oktober und im April verschiedene lokale Konflikte wie z.B. der in Roissy ausgebrochen sind.

Das Schlimmste kommt noch

Die hauptsächliche Waffe von Blanc ist die Dezentralisierung: Man schneidet das Unternehmen in mehrere Stücke, die CDR und die CDL. Jedes Zentrum wird zu einem kleinen Unternehmen mit der Aufgabe, soviel Profit wie möglich zu machen und die Fähigkeiten der neuen Leiter zu zeigen, uns wie Zitronen auszupressen (die Alten werden das Recht zum goldenen Ruhestand ha-

ben). Aber selbst für diese neuen Barone ist nicht alles rosig, wie gerade der Chef des CDL gezeigt hat, der von Blanc ausgebootet wurde, weil er die Politik der Erhöhung der Produktivität durch die Verringerung der Lohnquoten nicht gut angewandt hat. Selbst die Wölfe fressen sich gegenseitig auf!
Die Dezentralisierung ist für uns absolut negativ: Sie hat zum Ziel, die Lohnabhängigen innerhalb des Unternehmens zu differenzieren (Löhne, Arbeitszeiten, »Vorteile« usw.), um uns zu spalten und um die zu isolieren, die sich dem Unternehmerdruck widersetzen, den anderen Lohnabhängigen mit dem Finger zu drohen, um jene nachher besser entlassen zu können.
Die andere Waffe ist die Auslagerung weniger qualifizierter Tätigkeiten an externe Firmen oder die Beschäftigung von Zeitverträglern, denen nur 5200 FF im Monat gezahlt werden! Für Blanc ist der Vorteil ein doppelter: Verringerung der Lohnmasse und Spaltung der Arbeiter am selben Arbeitsplatz. Wir dürfen diese »externen« Arbeiter nicht fallen lassen und müssen stattdessen gemeinsame Kämpfe organisieren.
Unsere Stärke ist es, vereint zu sein. Alles, was uns ein bißchen mehr spaltet, muß entschieden bekämpft werden, denn alles, was wir heute durchgehen lassen, wird morgen, in den zukünftigen Kämpfen ein zusätzliches Hindernis sein.

Verantwortliche Partner

Die Gewerkschaften, die vom Streik im Oktober destabiliert worden waren, haben ihren Marschrhythmus wiedergefunden und spielen das Spiel der Politik von Blanc, auch wenn sie anfangs ein wenig aus der Fassung gebracht wurden durch dessen Aufrufe zur direkten Befragung der Beschäftigten. Aber Leute aus guter Gesellschaft finden immer ein Terrain zur Verständigung: die Diskutiereien, die Verhandlungen über heiße Luft haben an dem Punkt wieder begonnen, als die Gewerkschaften außerhalb der Wahlen nichts mehr zu sagen haben, wie es die Flugblattmassen der letzten Zeit zeigen. Übrigens bedauern wir nicht das Fehlen ihrer schmerzlindernden Prosa, denn sie amüsiert nicht einmal mehr. Im gewerkschaftlichen Hintergrundlärm versucht die *CGT* wie gewöhnlich, einen anderen Ton anzuschlagen und wenigstens in Worten massivere Forderungen aufzustellen. Sie schlägt eine Art vor, das Unternehmer effektiver zu leiten, sozusagen von allen, vom Unternehmer zur Gesamtheit der Lohnabhängigen. Als ob wir, sobald die täglichen Kompromisse vorbei sind, dieselben Interessen hätten wie die, welche uns für weniger Lohn mehr arbeiten lassen wollen.

Wie sind wir soweit gekommen?

Die aktuelle Situation ist nicht vom Himmel gefallen und wir verdanken sie auch nicht der Boshaftigkeit des Super-Blanc: Sie ist das Ergebnis des Stillstandes der Bewegung vom Oktober, die durch den mächtigen und entschiedenen Kampf (Blockade der Pisten) den Attali-Plan zunichte gemacht hatte.
Was hat in dem Moment gefehlt, um weiter zu gehen als die einfache Annullierung dieses Plans? Was hat gefehlt, um zu verhindern, daß der bleierne Mantel der Ausbeutung, den wir hochgehoben hatten, von neuem und härter auf uns niederfällt in Form des Umstrukturierungsplans?
Zweifellos der bekräftigte Wille, daß wir den Kampf vollkommen selbst führen und Initiativen ergreifen wie z.B.

- mit den anderen Zentren diskutieren,
- die Informationen über den Streik zentralisieren, ohne über die Medien oder die Gewerkschaften zu gehen,
- gemeinsam die wirkungsvollste Form beschließen, in der Schläge ausgeteilt werden, die weh tun und nicht in das selbstmörderische »Bis zum Ende gehen« verfallen,
- die Gründe verstehen, die dazu beitragen, warum einige mehr »Wir« sind als andere, um diese Spaltungen besser hinter uns zu bringen,
- die falschen Freunde erkennen lernen, besonders wenn sie von Demokratie und Wahlen reden, um uns besser einschläfern zu können,
- sich nicht auf die Spezialisten der Verhandlung verlassen,
- den Unternehmern und dem Staat die Stirn bieten.

Schauen wir uns um

Der Streik bei GEC Alsthom und der, welcher gerade bei Renault zu Ende geht, zeigen, daß sich das soziale Klima in Frankreich verändert hat: Streiks von Minderheiten, die aber die Sympathie aller Lohnabhängigen (einschließlich gewisser Meister wie bei Renault Flins oder Rueil) genießen, ausgelöst von jungen Arbeitern brechen sie außerhalb der Gewerkschaften aus und machen den Konsens rissig. Aber aus Mangel an Erfahrung, aus Naivität gegenüber den Gewerkschaftsmanövern (die keine Fronten mehr bilden, sondern in die Sackgasse führen und danach die Bewegung verfaulen lassen), weil die Basis den Kampf nicht kontrolliert, und weil er nicht von unten überregional koordiniert wird, stumpft die Kampfkraft ab – und außer einigen Brosamen, die von den Unternehmensleitungen herausgerückt werden (Erhöhungen, die nicht einmal die Verluste durch die Streiktage ausgleichen, Neueinstellungen um den Preis des Vorruhestands anderer usw) bleibt nur eine gewisse Entmutigung, von der

wir hoffen, daß sie vorübergeht. Auch die Repression fehlt nicht: 9 Streikende bei Renault-Choisy sind von Entlassung bedroht, weil sie an Streikposten teilgenommen und die Fabrik blockiert haben, und fast hundert Streikende aus Le Mans sind von der Justiz verurteilt worden. Wir dürfen bei diesen Konflikten keine Zuschauer bleiben: so wie wir im Oktober 1993 von der Sympathie und der Solidarität der anderen Arbeiter profitiert haben, müssen wir heute diesen Streikenden helfen. Die beste Art ist natürlich, uns selbst daran zu machen...

Der Weg liegt auf den Pisten

Seit mehreren Wochen waren die Lohnabhängigen von *Air Inter* periodisch im Streik. Wohl eingerahmt durch die Gewerkschaften, schien die Bewegung einzig korporatistisch für die Verteidigung »des Unternehmens« gegen die Bösewichte der *Air France* zu sein, ohne Willen zu uns zu kommen, um uns die Gründe ihres Kampfs zu erklären und zu versuchen, etwas gemeinsam zu machen. Trotzdem gab es Autobahnblockaden, dann erfolglose Versuche auf den Pisten. Am 30. März war der ewige nationale Aktionstag der Gewerkschaften... Nichts davon zu erwarten? Wenn wir den Zwang sowohl von seiten des Unternehmewns als auch der Gewerkschaften beiseite lassen, haben es die Streikenden von *Air Inter*, von *Air France* und der *EAS*, alle Kategorien vereint erfolgreich gewagt, die Pisten und den Start mehrerer Flugzeuge zu blockieren. Die ArbeiterInnen von *Air Inter* haben dies am 10. April wiederholt, diesmal zusammen mit den Streikenden von *ADP*.

Entschlossenheit und Wille haben etwas möglich gemacht, was vorher unmöglich schien!
Das Durchbrechen der geistigen Barrieren der Zugehörigkeit zum Unternehmen ist die Vorbedingung für wirkungsvolle Aktionen!

Die Meuterer von der Bounty Flugblatt Nr. 8 13.4.95

Persönliche Erklärung zur Berliner Baugruppe ...

Die Berliner Baugruppe, von der im Zirkular schon öfter zu lesen war, hat sich gespalten. Anlaß war ein Eklat auf dem Berliner Autonomie-Kongreß, bei dem ich ohne Namensnennung auf dem abschließenden Kongreßplenum als Sexist und Rassist bezeichnet wurde. Der Vorwurf lautete im Kern, ich hätte als "weißer Mann" in einer Diskussion den politischen Standpunkt einer "schwarzen Frau" infrage gestellt und sie mit dominantem Redeverhalten fertig gemacht. Einen Tag später wurde ich aus der Baugruppe ausgeschlossen sowie zum Auszug aus unserem (ehemals besetzten) Haus in Friedrichshain aufgefordert.

Der Eklat wird dazu benutzt, alte Rechnungen zu begleichen und einen Machtkampf zu führen. In bestimmten Kreisen der Szene, gerade auch in Friedrichshain, werden politische Schlagwörter verwendet, um persönliche Interessen durchzusetzen oder inhaltliche Auseinandersetzungen zu umgehen. Auf den Punkt kommen Widersprüche, wenn wie jetzt Leute aus der radikalen MieterInnen-Ini WBA (Wir bleiben alle - Friedrichshain), mit der zusammen wir unser letztes Flugblatt gemacht haben, mich mit obigen Begründungen aus dem Haus schmeißen wollen.
Die Konsequenzen sind bei mir nicht tragisch, meine GenossInnen verhalten sich solidarisch, und auch die Auseinandersetzung im "Kiez" ist noch nicht entschieden, sehr viele Leute lachen sich einen über die Sachen, die hier ablaufen. Trotzdem muß das Verhalten der Baugruppe prinzipiell diskutiert werden. Der Verlauf einiger Plena auf dem Kongreß, bei denen keinerlei politische Diskussion möglich war, sondern ein Machtkampf mit moralischen Hämmern ausgetragen wurde, zeigt, daß das nicht nur ein Friedrichshainer Problem ist, sondern bundesweit für bestimmte Teile der Szene gilt - und bundesweit angegangen werden sollte.

Hintergrund der Spaltung in der Baugruppe sind politische Differenzen (siehe auch Zirk. 11, S. 25), die sich an der Art und Weise zuspitzen, mit der viele Szeneleute heute mit der Triple Oppression-Diskussion umgehen (eine politische Kritik an 3:1 siehe Wildcat 57, S. 38). Dazu kommt, daß der von einigen in dieser Gruppe vertretene anti-deutsche Standpunkt einem weißem deutschen Mann eine kontroverse Diskussion grundsätzlich nicht erlaubt. Daraus ergibt sich ein Problem: Wie können weiße deutsche Männer revolutionär kämpfen? Können sie das überhaupt?
Außer der Frage des "Anti-Deutschtums" trennte uns auch die Frage, wie und ob wir uns praktisch auf die real existierenden (meist männlichen) Bauarbeiter beziehen können. Solange wir uns mit Papier beschäftigten (¡BASTA!), ein

Archiv aufbauten und an Strukturen bastelten, gab es die inhaltlichen Probleme nur in Diskussionen unter uns. Die Offensive in Richtung Bauarbeiter seit letztem Sommer machte die Probleme in der Praxis sichtbar. Nur zwei von uns hatten regelmäßig Kontakt mit Bauarbeitern aus GB und Irland. Überhaupt wurde viel geredet und aus verschiedenen Gründen wenig gemacht. Insofern steckte die Gruppe in einer Krise, die sich jetzt in der Spaltung ausdrückt.
Die Baugruppe war ein Versuch einer praktischen Intervention. Sie ist entstanden aus der AG "Migration und Arbeit" beim von Wildcat organisierten europaweiten Wandlitz-Treffen Juni 1992 und war politisch ziemlich inhomogen zusammengesetzt. Damals war es uns darum gegangen, über MigrantInnen und Flüchtlinge nicht immer nur als Opfer, sondern als mögliche Subjekte im Klassenkampf zu diskutieren, und aus der gemeinsamen Situation in der Ausbeutung gemeinsame praktische Initiativen zu entwickeln.
Das Scheitern der Gruppe führe ich auf drei Ursachen zurück:
1. Fehlende Auseinandersetzung mit Bauarbeitern (und anderen ArbeitsmigrantInnen);
2. Identitätenpolitik (z.B. das Sich-Anbiedern an die FlugblattempfängerInnen "Wir sind einige BauarbeiterInnen und AnwohnerInnen aus dem Kiez.") Als ob die Menschen uns akzeptieren, wenn wir uns ihre vermeintliche Identität als Verkleidung anlegen, sich daraufhin nach ihren "objektiven Interessen" mit uns organisieren und damit dann was Revolutionäres zu reißen sei.
3. Szenepolitik
a.) das Benutzen der bzw. das sich Unterwerfen unter die Szenegesetzgebung, ohne eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen;
b.) sichtbar ausgedrückt in unserem letzten Flugblatt über die Mainzer Str., zusammen mit WBA, das den widersprüchlichen Versuch darstellte, zusammen mit einer Anti-Mieten-Ini die Leute als ProletarierInnen anzusprechen, als Leute, die im Bezirk wohnen und arbeiten wie wir auch, aber gleichzeitig an der eigenen "autonomen" Identität festzuhalten durch szenemäßiges Lay-out und pseudoradikale Parolen am Schluß, sodaß die Schnittmenge der angesprochenen "Identitäten" gegen Null ging. Zu der angesetzten Veranstaltung kam dementsprechend niemand.
Die Spaltungen waren also schon von Anfang an angelegt, die Gruppe war ein Versuch einer Art Bündnis mit anderen Leuten aus der Szene, die einen Klassenansatz haben, das so lange hielt, wie es für alle Beteiligten produktiv war. Eine Klärung wäre sowieso nötig gewesen, allerdings nicht auf eine solch beschissene Art.
Immerhin haben wir einige Grundlagen gelegt, auf denen weiter gearbeitet werden kann (siehe dazu auch den Fragebogen an BauarbeiterInnen im Heft).

heinz

Fragebogen Bau

Der folgende Fragebogen ist ein erster Entwurf. Wir schlagen vor, daß alle LeserInnen versuchen, zwei oder drei Interviews zu machen (natürlich mehr, wenns geht!). Es bietet sich an, diese vier Seiten zu kopieren (am besten gleich auf DIN A3). Die meisten Fragen sind zum Ankreuzen, einige müssen aber textförmig beantwortet werden. Dafür braucht ihr dann die Rückseite der Kopien. Vergeßt nicht, da die Nummern der Fragen mit zu notieren.
Ziel der Fragebogenaktion ist es, einen besseren Überblick über Situation und Kämpfe auf dem Bau zu bekommen. Wer arbeitet dort, wo kommen die ArbeiterInnen her, welche Auseinandersetzungen gibt es, usw. Denkt dran, daß ihr die Fragebögen nicht nur ausfüllt, sondern auch eure Kritik und Veränderungsvorschläge für den Fragebogen selber aufschreibt! Schickt sie dann bitte an die Berliner Adresse: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin.

---------- A. Betrieb ----------

1. Sparte: Hochbau o Tiefbau o
Spezialbau o Ausbau o
Sonstiges .....

2. Operationsgebiet/Filialen:
lokal o regional o
bundesweit o weltweit o

3. Wieviele Leute arbeiten insgesamt für die Firma?
bis 10 o bis 25 o
bis 100 o bis 500 o
Sonstiges .....

4. Wieviele davon haben ein "Normalarbeitsverhältnis" direkt bei der Firma?
unter 10% o bis zu 1/3 o
bis zu 2/3 o über 90% o

5. Wie häufig werden Subunternehmer eingesetzt?
immer o regelmäßig o
selten o nie o

6. Gibt es andere Formen der Beschäftigung (in Prozent)?
Azubis o ..... %
Tagelöhner o ..... %
Selbständige o ..... %
Akkordkolonnen o ..... %
Schwarzarbeiter o ..... %

7. Ist eine davon besonders wichtig, hat das Auswirkungen? [Rückseite]

B. Baustelle

8. Wieviele Leute arbeiten auf der Baustelle?

unter 10 o bis 20 o
bis 50 o bis 100 o
Sonstiges.....

9. Wieviele davon sind von eurer Firma?.....

10. Wie hoch ist der Frauenanteil auf der Baustelle?

0 bis 10% o bis 30% o
Sonstiges .....

11. Wieviele haben welche Ausbildung (in Prozent)?

Ungelernte o ..... %
Angelernte o ..... %
Facharbeiter o ..... %
Bauleitung o ..... %

12. Wer zahlt den Lohn? Bar oder Scheck? Gab es schon mal Streß wegen nicht bezahltem Lohn? Was passierte?
[Rückseite]

13. Wie ist die Arbeit organisiert? Was wird fertig angeliefert und von wem?
[Rückseite]

14. Was baut ihr?

Straßen o Wohnungen o
Fabriken o Eigenheime o
Brücken o Bürocenter o
Sonstiges.....

15. Wer sind die Auftraggeber?

Private o Kommunen o
Land o Bundesstaat o
Industrie o Sonstiges .....

16. Welche Auswirkungen hat das für euch? Z.B. auf Arbeitshetze/Unfälle, oder ist es da eher lockerer? Aufweichung von Arbeitszeitregeln? Löhne? (Z.B. ist die Zahlungsmoral von Kommunen beim Tiefbau gesunken, Betriebe gehen pleite...)
[Rückseite]

17. Wem nützt das, was ihr baut? Welche Bedeutung hat das für dich? Suchst du dir deine Arbeit danach aus? Sabotierst du bestimmte Projekte? Findest du bestimmte Projekte nützlich? [Rückseite]

C. MigrantInnen

18. Von den Leuten, die auf der Baustelle arbeiten, wohnen fest (in Prozent)

in derselben Stadt o ..... %
in der Region o ..... %
in der BRD o ..... %
in der EU o ..... %
Sonstiges ..... o ..... %

19. Was für Pässe haben die Leute auf der Baustelle? Was sind die Verkehrssprachen? Wie ist das organisiert (Dolmetscher oder durch die Arb. selbst)? [Rückseite]

20. Wie oft gab es schon Razzien? Was denkst du darüber? Wozu werden sie gemacht?
[Rückseite]

21. Wen haben sie erwischt?

Ansässige o mit EU-Paß o
von außerhalb der EU o

22. Was passierte mit den Leuten? Strafen? Abschiebungen?
[Rückseite]

23. Wie haben die "Legalen" reagiert? KollegInnen...

versteckt o denunziert o
vorgewarnt o Widerstand o
ging am Arsch vorbei o

24. Hatten die Razzien Auswirkungen auf die Löhne und Bedingungen? Welche? Wie hat sich dadurch die Stimmung geändert?
[Rückseite]

D. Geld

25. Gehört der Betrieb dem Unternehmerverband an? .....

26. Gibt es einen Betriebsrat? .....

27. Was denkst du über den Betriebsrat? [Rückseite]

28. Wieviele von euch sind gewerkschaftlich organisiert? Welche Auswirkungen hat das? [Rückseite]

29. Wer bekommt was gezahlt (in Prozent)?

Tarif	o	....	%
Darunter	o	....	%
Darüber	o	....	%
Sonstiges.....			%

30. Wer handelt die Löhne aus?

Tarifparteien	o	Betriebsrat	o
jeder für sich	o	Kolonnenschieber	o
Sonstiges	.....		

31. Bekommt ihr Schlechtwettergeld/Wintergeld? .....

32. Wieviele von euch arbeiten auf Akkord (in Prozent)? .....%

33. Wieviele von euch sind formal "Selbständige" (in Prozent)? .....%

34. Wie beurteilst du das? Was ist besser, "selbständig" oder "abhängig beschäftigt"? [Rückseite]

35. Kommst du mit deinem Einkommen klar? Wenn nein, was tust du dagegen, bzw. was müßte getan werden und wer sollte/könnte es tun? [Rückseite]

---------- E. Konflikte ----------

36. Gibt es Konflikte innerhalb der Belegschaft, um was geht es dabei? Wie ist die Stimmung untereinander? Treffen sich Leute auch in der "Freizeit"? Redet ihr darüber, wenn andere Arb. streiken usw.?
[Rückseite]

37. Gibt es Konflikte mit dem Polier oder der Geschäftsleitung? Worum geht es dabei? Seid ihr in der Lage, euch durchzusetzen? Wie macht ihr das bzw. warum klappt es nicht?
[Rückseite]

---------- F. Leben ----------

38. Wie hast du deinen Alltag organisiert?

Kleinfamilie	o	WG	o
Single	o	Wohnheim	o

39. Hast du Kinder? Für wen muß dein Lohn noch reichen? [Rückseite]

40. Wie findest du dein Leben? Hast du Ziele? Wie soll es weitergehen? [Rückseite]

Anmerkungen zum Autonomie-Kongreß in Berlin

Peinlich, peinlich, wie in der *Interim* der Kongreß zum Erfolg erklärt wird. Aber auch eine pauschale Verurteilung der drei Tage ist nicht angemessen. Zum Teil waren die Diskussionen und Beiträge kaum noch zu ertragen. Aber es gab auch Ansätze von interessanten Diskussionen.
Wir sind bei dem Kongreß nicht als Berliner Wildcat-Gruppe aufgetreten, sondern haben uns lediglich in einzelne Arbeitsgruppen hineingesetzt und dort mitdiskutiert sowie einige Plena besucht (und nicht mitdiskutiert).
Rein organisatorisch war es schon beeindruckend, daß sich da 2000 Leute selbstbestimmt treffen und diskutieren konnten. Die Kongreß-Ini hatte zwar inhaltlich so gut wie nix hingekriegt, immerhin aber erfolgreich einen Rahmen geschaffen. Tatsächlich fand der Kongreß auf mehreren Ebenen statt (Plena, AGs, Büchertische, Konzerte, ...), wobei wir nur einen Teil mitbekommen haben. Hier soll es zum einen um die AGs gehen, bei denen wir uns beteiligten und wo was herauskam, zum anderen um die Ebene der Auseinandersetzung auf den Plena. (Wer noch weitere Berichte und Einschätzungen zum Kongreß hat und die abgedruckt und diskutiert sehen will, soll sie fürs nächste Zirkular einschicken!).

AG Osteuropa

Hier saßen am ersten Tag 80 Leute zusammen, die sehr unterschiedliche Bedürfnisse hatten: einige GenossInnen aus Osteuropa (Ungarn, Belarus, Ukraine, Rußland), Leute, die nur mal reinschauen oder sich informieren wollten, und solche, die sich schon länger mit der Situation in Ländern Osteuropas beschäftigen. Bei den einen wie den anderen gab es recht unterschiedliche Interessen und Gründe, an der AG teilzunehmen (viel Interesse an Rußland, vor allem an den Themen »linke« Opposition, Nationalismus und »rot-braunes Bündnis«; Klassenkämpfe in Osteuropa; Migration von Ost nach West).

Die Initiatoren hatten kein Referat vorbereitet, so daß nach einer nicht allzu langen Diskussion um das weitere Vorgehen am ersten Tag zunächst Erfahrungen und Probleme mit der Kontaktaufnahme mit osteuropäischen Gruppen geschildert wurden. Kurzes Fazit: bis 1989 unterscheidet sich die Geschichte der Opposition im Osten und Westen recht stark, so daß »wir Westlinken« nicht wie in Westeuropa oder den Amerikas selbstverständlich an eine gemeinsame »linke« Tradition anknüpfen können. Zur Zeit laufen viele nachwachsende AnarchistInnen in Osteuropa den hiesigen Moden (Veganismus ...) hinterher. Ein

schwieriger Verständigungsprozeß über die gemeinsame Zukunft steht an.

Dann wurden viele Fragen zu vielen Themen an die anwesenden OsteuropäerInnen gestellt. Diese improvisierten am Abend dann noch eine Veranstaltung, bei der es aber ziemlich durcheinander ging. Ein Moskauer Genosse gab eine zusammengefaßte Einschätzung der politischen Situation in Rußland: herrschende politische Kräfte, soziale Situation (weiteres Absinken des materiellen Lebensstandards für die meisten; die totale Apathie der letzten Jahre wird abgelöst von einem weitverbreiteten Egoismus in Denken und Handeln), Tschetschenienkrieg. Auch sie wissen bisher noch wenig über die sich formierenden Kapitalblöcke in Rußland (MIK, Öl- und Gasindustrie ...), wollen dazu aber arbeiten und das Wissen zugänglich machen. Die Moskauer AnarchosyndikalistInnen sind vor allem in folgenden Bereichen aktiv: Agitation gegen den Tschetschenienkrieg (mit Zeitungen, Flugblättern und Sprühaktionen), Verteilen von Flugblättern vor Betrieben und (jetzt wieder) ein Versuch direkter Intervention in einer Art Lehrergewerkschaft, die Aktionen wie Kreml-Blockaden organisiert.

Die sogenannten öko-anachistischen Gruppen in der Ukraine und Rußland kommen aus der Anti-AKW-Bewegung und organisieren u.a. Landkommunen, die sich am Ziel der Selbstversorgung orientieren. In Kiew und unterstützen sie Flüchtlinge und Deserteure aus dem Kaukasus. Sie versuchen die Flüchtlinge, soweit es geht, in die Kommunebewegung miteinzubeziehen.

Ab dem zweiten Tag teilten sich die übriggebliebenen 30 Leute der AG in zwei Gruppen: Die eine diskutierte über Ökologie und Kommunen. Wir waren in der anderen zu »Klassenkämpfen in Ost- und Westeuropa«, wo es erstmal genauere Berichte aus Ungarn und Rußland gab. Neben vielen eher »kulturellen« anarchistischen Gruppen gibt es in Ungarn eine kleine klassenkämpferische Strömung, die aus einer Verbindung von jungen AnarchosyndikalistInnen und eher intellektuellen RätekommunistInnen entstanden ist.

Die Berliner BASTAs erläuterten ihre Initiative zum Aufbau von ArbeiterInnen--Zentren. Wir machten dann den Vorschlag, ein Info- und Diskussionsnetz zu organisieren, das über die bisherigen, fast ausschließlich persönlichen Kontakte und Diskussionen mit Osteuropa (in denen die Weitergabe an Informationen an wenigen hängenbleibt und oft zufällig ist) hinausgeht. Die Vorstellungen, wie eine Zusammenarbeit konkret aussehen könnte, waren aber ziemlich unterschiedlich: Der russische Genosse etwa erwartete eher klassische »internationale Solidarität«: Jede Gruppe organisiert sich in ihrem Land, zwischen den Ländern laufen Informationen, und wenn in einem Land z.B. GenossInnen eingeknastet

werden, organisieren die Gruppen in den anderen Ländern Soli-Aktionen vor den Konsulaten usw. Dagegen gingen wir von einer europäischen Klassenzusammensetzung aus, die sich über die Grenzen hinweg entwickelt und in der wir uns auskennen und die Initiative ergreifen müssen. Uns geht es also nicht um parallele Projekte, sondern um ein einziges, gemeinsames (hier mußte die Diskussion nochmal einen Exkurs zu den Lohnniveaugefällen und Migrationsbewegungen machen: Anscheinend sind Belarus und Ukraine eine Art »Wasserscheide«, von der aus die Leute sowohl nach Westen als auch nach Osten zum Arbeiten gehen. Rußland und speziell die boomende Dienstleistungsmetropole Moskau wird selbst zum Zentrum eines Arbeitsmarktes von China über Afghanistan bis Belarus. Die russischen Gruppen versuchen sich durchaus politisch in diesem ganzen Raum zu bewegen ■ mit zunehmenden Schwierigkeiten durch steigende Fahrpreise und Repressionen gegen Linke).

In jedem Fall besteht aber Interesse an einer Vernetzung und engeren Zusammenarbeit. Es war gut, daß die Diskussion politisch und nicht technisch geführt wurde. Grundlagen der Zusammenarbeit sollen sein: Alle Gruppen wollen bei sich vor Ort die militante Untersuchung der Klassenrealität aufnehmen. Dabei wollen wir versuchen, gemeinsame Fragestellungen für die Untersuchung zu entwickeln. Wir wollen natürlich auch Nachrichten über Klassenkämpfe austauschen, aber eben nicht nur die neuesten News rüberschieben, sondern auch Vorhaben und Ergebnisse miteinander diskutieren. Dabei wollen wir bestehende Kontakte und Strukturen (wie die IAA) selbstverständlich soweit wie möglich nutzen. Technische Probleme (wie Geräte und Geld in Osteuropa) halten wir für lösbar. An der Diskussion beteiligt waren Leute aus Ungarn, Rußland, Belarus, Rotterdam, Ruhrgebiet, Göttingen, sowie Berlin und Hamburg. Bleibt abzuwarten, bei wem das Interesse ernsthaft ist. Wir haben ausgemacht, daß erstmal ein Aufruf für dieses Netz formuliert und rumgeschickt wird. Dann sollen sich alle, die anwesend waren, dazu äußern und gleichzeitig ihre eigene Gruppe in einem kurzen Text vorstellen. Der fertige Aufruf und die Texte der einzelnen Gruppen sollen dann veröffentlicht werden (Direkte Aktion, Zirkular/Wildcat ...).

AG Autonome in der Lohnarbeit

Auf die Ankündigung eines Einzelmenschen auf dem ersten Plenum, eine AG über "Autonome in der Lohnarbeit" machen zu wollen, versammelten sich am Freitag nachmittag etwa 60 Leute, die über ihre Situation in der Lohnarbeit sprechen wollten. Nach einer ersten Vorstellungsrunde teilte sich die AG in drei Unter-AGs auf, weil in der Großgruppe Diskussionen fast nicht möglich waren. Es gab zwei überdurchschnittlich vertretene Berufsgruppen: SozialarbeiterInnen und LandschaftsgärtnerInnen. Das Alter der TeilnehmerInnen lag zwischen

Anfang 20 und 40. Einige arbeiteten in Kollektiven, einige kamen aus Ostdeutschland.
Die Diskussion kreiste anfangs um das Problem: Ich und die anderen Kollegen, mit denen ich nichts anfangen kann, die mich zwingen, meine wahre Identität geheim zu halten und tagsüber alles runterzuschlucken. Dem hielt ein Gärtner aus Hessen seine eigene Erfahrung entgegen, den seine Kollegen respektieren, weil er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hält - auch wenn sie seine politischen Aktivitäten nicht unbedingt teilen.
Auf einen Vorschlag hin fand sich eine AG zusammen mit dem Themenkreis: Haß auf die Arbeit, Verantwortung in der Arbeit und Sabotage. Aus dem Protokoll:
"Was tun wir in der Arbeit? Unsere Arbeit reproduziert dieses System. In unserer Arbeit stehen sich dementsprechend unsere individuelle Verantwortung für unser Handeln in der Arbeit (z.B. im Krankenhaus gegenüber den PatientInnen) und unsere gesellschaftliche Verantwortung für unser kollektives Handeln (das klar erfordert, die Arbeit aus der Arbeit heraus zu sabotieren) gegenüber. Dieser Widerspruch prägt unsere Arbeitssituation und erzeugt oft Lähmung. Und zwar deswegen, weil fast alle der DiskutantInnen in ihren Reproduktionszusammenhängen (WG, besetztes Haus, Kleinfamilie, Freundeskreis, politische Gruppe) keine Leute haben, mit denen sie sich gemeinsam über diese Probleme auseinandersetzen können. Allgemein müssen wir feststellen, daß es in der "Autonomen-Szene" bisher so gut wie keine kollektive Diskussion darüber gibt, wie die Einzelnen sich reproduzieren, wo die Knete herkommt."
Ergebnis war erstmal eine Reihe von Fragen wie: Reformismus <-> Revolution; Arbeit als Teil des repressiven Systems; Verantwortung als Last - Sabotage als Befreiung; Konsum und Entfremdung, strukturelle Gewalt in der Gesellschaft..., an denen weiterdiskutiert werden soll.

Der Rest mußte dann erst ein Thema finden. Nach einer allgemeinen Diskussion über zunehmenden Arbeitszwang einerseits und wachsende Arbeitslosigkeit und Abschiebung in zweite und dritte Arbeitsmärkte andererseits erzählte eine Frau von ihren Erfahrungen in einem 501-Projekt.
Übereinstimmend sagten alle TeilnehmerInnen, daß die Leute für ihre Unzufriedenheit zunehmend individuelle Auswege suchen: Fortbildung, eine weitere Qualifikation, usw. Offiziell anerkannte Qualifikationen werden immer mehr zum Wertmaßstab für Menschen. Höherer Lohn wird mit höherer Leistungsfähigkeit gleichgesetzt. Qualifaktionsunterschiede rechtfertigen Lohnunterschiede - deshalb streben alle nach Weiterqualifizierung, viele peilen sogar Vorgesetztenpositionen an, um der unerträglichen Situation als Untergebene/r zu entkommen. Statt kollektiver Veränderungen wird also bessere Verwertbarkeit auf dem

Arbeitsmarkt angestrebt - bis hinein in unsere Kreise. Eine Gegenbewegung ist notwendig.

Am Beispiel der Umstrukturierung der Produktion im Rhein-Main-Gebiet wurde diskutiert, daß die Leute sich zunehmend in isolierten Arbeitssituationen befinden. Gleichzeitig findet auch eine Verarmung statt, die aber nicht nach außen sichtbar wird.

Die ArbeiterInnen stehen heute allein gegen einen breiten Konsens von Kapital/-Staat/Gewerkschaften und Betriebsrat, die die Rationalisierung im Sinne der Standortkonkurrenz aktiv vorantreiben. Die Leute wehren sich nicht, obwohl sie jedes Jahr weniger Geld haben, ist der überwiegende Eindruck.

Übereinstimmend wurde gesagt, daß das Thema Lohnarbeit gerade in der autonomen Linken ziemlich vernachlässigt wird und daß man ja mal ein Papier schreiben könnte, das die Leute etwas provoziert.

Wir diskutierten noch etwas allgemeiner über Lean Production und Gruppenarbeit. Ein Sozialpädagoge verglich die Umstrukturierung der "Lebenshilfe" mit der Gruppenarbeit bei Opel: Die Lebenshilfe ist von einem gemeinnützigen Verein in eine GmbH umgewandelt worden. Es gibt jetzt "Gruppenkoordinatoren", die auf Wirtschaftlichkeit drängen. Der BR hat die Umstrukturierung tätig mitbetrieben. Die Wohngruppe hat die Eigenverantwortung für ihren Etat. Fällt ein/e Kolleg/e/in wegen Krankheit aus, müssen die verbliebenen ArbeiterInnen die Arbeit mitübernehmen. Der Kostendruck wird geschaffen durch die Konkurrenz anderer privater Träger.

Beim abschließenden Zusammentragen der Arbeitsergebnisse in der Gesamt-AG am Montag wurde deutlich, daß viele der TeilnehmerInnen zum ersten Mal ihre Arbeitssituation so diskutiert hatten. Es gibt ein großes Bedürfnis, diese Diskussion weiterzuführen. Wobei das Hauptinteresse erstmal darauf geht, über die eigene Arbeitssituation zu reden, d.h. die Deformierungen, die sie verursacht, das Problem, keine Zeit mehr zu haben, schon gar nicht für Termine autonomer Politik. Sehr wenig geredet wurde über Perpektiven von Ausweitung, von Klassenpolitik, darüber wer die realen "ArbeiterInnen" heute sind, über die Revolution ....
Da sich zudem herausstellte, daß etwa die Hälfte der AG-TeilnehmerInnen in Berlin wohnen, haben wir ein Fortsetzungstreffen im Mai vereinbart, auf dem wir die Diskussionen fortsetzen und über so große Themen wie "Nachfolge-Kongreß" diskutieren w/sollen. Wir werden im nexten Zirkular darüber berich-

ten.
Falls Zirkular-LeserInnen an Fortsetzungstreffen teilnehmen wollen, sollten sie sich bei der Berliner Adresse melden.

AG Autonome im Internet

Was relativ spontan als zwei- bis dreistündiges Gespräch begann, weitete sich zu einer zweitägigen Arbeitsgruppe mit breiten Vernetzungsabsichten aus.
Zu Beginn ging die Diskussion relativ kunterbunt drunter und drüber: Die Agentur Bilwet stellte ihr Projekt der "digitalen Stadt" vor, konnte die Kritik überhaupt nicht verstehen, was das denn nun noch mit linker, revolutionärer Politik zu tun haben sollte. Zwischenrein stellten Leute die Computer an sich infrage, andere behaupteten, das Kapital könne die neuen Netzwerke letztlich nicht mehr integrieren, der copy-Befehl sei nicht kompatibel zur kapitalistischen Verwertung. Wir versuchten etwas Ordnung in die Diskussion zu bringen, indem wir uns auf zwei Themengebiete einigten, die wir nacheinander diskutieren wollten: Am ersten Tag die praktischen Fragen: Erfahrung von linken Gruppen mit Mailboxen und Netzen, Möglichkeiten, solche Technologien für unsere Politik zu benutzen. Am zweiten Tag wollten wir dann über die politische Bedeutung dieser Technologien diskutieren.
Diese Gliederung ließ sich manchmal schwierig durchhalten, auch deshalb, weil immer wieder neue Leute zur Gruppe dazukamen. Im großen und ganzen haben wir aber am ersten Tag rausdiskutiert, daß wir nicht den Fehler wiederholen sollten, eine politische Auseinandersetzung damit umgehen zu wollen, daß man Leute um ein Medium herum "vernetzt" (die Geschichte des Spinnennetz ist hier sehr lehrreich). Stattdessen muß erstmal genauer geklärt werden, wer sich da, warum, mit wem vernetzen will. - (Nicht nur) um eine solche Diskussion zu führen, sind solche Netze aber durchaus brauchbar. Wir haben also eine Liste rumgehen lassen, auf der die meisten Anwesenden ihre EMail-Adresse eingetragen haben. Wir haben zweitens verabredet, daß wir auf dem Comlink-Brett cl.medien.vernetzung unsere Diskussion auch öffentlich weiterführen.
Am zweiten Tag brauchte die Diskussion trotz vieler wortreicher Redebeiträge recht lange, um in die Gänge zu kommen. Es stellte sich heraus, daß fünf Leute in der Arbeitsgruppe als EDV-LehrerInnen arbeiten oder schon mal gearbeitet haben. Insgesamt war die Diskussion über die politische Bedeutung dieser Netze von den eigenen Erfahrungen sowohl geprägt als auch beschränkt. Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, daß wir nur über einen ganz kleinen Ausschnitt der Realität diskutieren, nämlich gerade mal über CL und usenet - nicht einmal übers Internet insgesamt. Daß es daneben aber gewaltige Netze gibt, die sich die Multis in den letzten Jahren aufgebaut haben und mit denen sie nun InformatikerInnen in Indien, Tippsen auf Barbados und weltweit Leute in Heimarbeit

ausbeuten [Anmerkung an die Zirkular-LeserInnen: Das ist eigentlich der Sektor, in dem KHRs Thesen einer Globalisierung von Ausbeutung und Proletarisierung am deutlichsten werden!]. Daß wir zudem darauf reflektieren sollten, wer diese ganze Technologie produziert und unter welchen Bedingungen: Immigrantinnen in Silicon Valley, junge Frauen in den freien Produktionszonen Chinas usw. usw. Daß ich es angesichts dessen für nen ziemlich mittelständischen Luxus halte, wenn wir auf nem Autonomie-Kongreß nur über "Demokratie in den Netzen" diskutieren.
Der Clou war dann, daß nach einer Pause jemand einwarf, wir müßten angesichts des Plenumsbeschlusses vom Vorabend auch über "Patriarchat" diskutieren, und dann reihum die Bekenntnisse kamen in dem Stil "ich als Mann und mein Körper vor der Maschine", "ich als Mann und die Waffe Computer" usw. usf. Zum Glück haben das die (wenigen) Frauen in der AG mehrmals und recht heftig gebremst! Aber bezeichnend fand ich es schon, daß auf meine Beiträge zu den *realen* patriarchalen Ausbeutungsverhältnissen niemand eingegangen war und nun so reichlich Bekennendes kam.

Insgesamt war die Diskussion aber besser. als ich sie hier in der Kürze darstellen kann (dieser Bericht ist auf keinen Fall als Protokoll anzusehen!!). Ihr Hauptmanko war, daß sie zu chaotisch war und daß oft nicht klar wurde, auf was die Leute mit ihren Redebeiträgen hinauswollten. Es gab überraschenderweise ein großes Bedürfnis, die Arbeitsgruppe immer weiter fortzusetzen.
Die Berliner TeilnehmerInnen werden sich nocheinmal zusammensetzen und darüber beraten, was an konkreter Zusammenarbeit möglich ist. Wer Interesse daran hat, kann seine email-Adresse an jaa@wildber.snafu.de schicken.

Bemerkungen

Soweit zu den Arbeitgruppen, in denen wir waren und über die es was zu berichten gab. Wir sind uns noch nicht sicher, was wir von den Vorschlägen für weitere Diskussionen und solchen zur Vernetzung halten sollen. Entstanden die aus einer gewissen Euphorie (die danach ja oft schnell vorbei ist) oder ergeben sich hier tatsächlich konkrete Ansatzpunkte? Vielleicht können wir die Diskussionen auch auf dem Kongreß in Hamburg im Oktober fortsetzen (siehe Aufruf und Bemerkungen dazu in diesem Zirkular). Wir werden also erstmal da dran bleiben.

Jetzt noch ein paar Bemerkungen zu den Themen und Auseinandersetzungen insgesamt, vor allem auf den Plena. Das ist hier kein detaillierter Bericht, eher eine allgemeine Einschätzung.

Uns fiel auf, daß es kaum politische Diskussionen gab. Ausgangspunkte der Beiträge auf den Plena waren oft individualistische oder moralische Kategorien. Sexismus und Patriarchat erschien z.B. meist als Problem einzelner in ihrer Rolle als Opfer oder Täter. Gesellschaftliche Bedingungen oder gar Möglichkeiten des Aufbrechens und der Befreiung tauchten in den Beiträgen kaum auf. Mensch war persönlich *betroffen*, ohne daß tatsächlich auf die soziale Realität von ArbeiterInnen-Frauen-MigrantInnen, eingegangen wurde. Kein Wunder, daß bei dieser Individualisierung der Ausbeutungsverhältnisse kaum über Kämpfe oder Vorschläge für eigenes Eingreifen diskutiert wurde.
Die Plena schwankten zum Teil zwischen Anbiederung, Applaushascherei und der Angst, was Falsches zu sagen. Die Form der Auseinandersetzung wurde durch - angeblich antisexistische - Verhaltenregeln bestimmt, bei denen nie ganz klar war, wer die jetzt aufstellt und durchsetzt. Mit "triple oppression" (Kapitalismus, Patriarchat, Sexismus) im Kopf - nicht daß jemand die mal erklärt hätte; alle diese Formen der Unterdrückung schienen halt *irgendwie* wichtig - mußte mensch im Plena nur die richtigen Stichwörter bedienen, um Applaus zu bekommen. Wer nicht richtig taktierte und die Regeln verletzte, wurde niedergeschrien. Wichtig zu erwähnen, daß Letzteres kaum jemand wagte. Überhaupt fiel auf, daß die meisten uns bekannten Leute, die sich in den letzten Jahren politisch über Kampferfahrungen gestritten hatten (z.B. aus der radikalen Frauenbewegung, Flüchtlingsinitiativen usw.) entweder gar nicht da waren, oder sich aus der Diskussion raushielten.

Bleibt die Frage, was wir jetzt mit dieser Erfahrung anfangen? Zwar wollen wir uns nicht an den Autonomen und ihren Widersprüchen abarbeiten, doch müssen wir uns mit der *politischen Kultur* (sprich: dem Versuch der Definierung einer Verhaltensnorm) auseinandersetzen, die da von einigen Autonomen durchgesetzt wird (Beispiele dafür sind die Diskussionen über Rassismus (Angriffe von L.U.P.U.S., siehe Wildcat 64/65), aber auch die Auseinandersetzungen auf dem Kongreß über das Verhalten eines Genossen (siehe Erklärung in diesem Zirkular)) Dabei geht es nicht darum, Auseinandersetzungen über die richtige Strategie gegen Rassismus oder Verhaltensweisen (von Männern) pauschal infrage zu stellen. Im Gegenteil: Auch das sind Fronten, an denen sich unsere eigene Perspektive und die unser Kämpfe entscheiden wird. Fatal bei der bisherigen Auseinandersetzung ist aber, daß in der durchschnittlichen autonomen Diskussion die Perspektive von Veränderung und Revolution gar nicht auftaucht und Kritik oft nur der Abgrenzung und Absicherung einer angeblich höheren moralischen Position dient (gegenüber den *Bürgern, Deutschen, Linken, Männern ...*). Dabei gerät die notwendige politische Auseinandersetzung mit Ausbeutung und sexistischen und rassistischen Strukturen - gesellschaftlich und innerhalb der

autonomen, undogmatischen Linken - sogar in den Hintergrund. Wo liegt denn die Perspektive von einem "Anti-Nationalismus", "Anti-Rassismus", oder "Anti-Patriarchalismus", der sich nur auf die eigene Identität bezieht (als LinkeR, Anti-NationaleR, Frau, Mann, MigrantIn)? Klar haben Kämpfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung ihren Ausgangspunkt gerade dort, wo sich ArbeiterInnen entlang der vom Kapital/Patriarchat erst geschaffenen Spaltungslinien organisieren (Ausbeutung/Abhängigkeit von Lohn und Einkommen, Geschlecht, Qualifikation, Herkunft). Aber wenn die Kämpfenden (und vor allem die, die sich zu SprecherInnen dieser Kämpfe und Bewegungen machen) diese Spaltungslinien nicht infrage stellen, d.h. für die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung eintreten, sondern sich an einer reinen *Interessenvertretung* orientieren, zementieren sie noch die Spaltungen und behindern eine offene Auseinandersetzung über die Möglichkeiten von Befreiung und Revolution. Was ihnen bleibt, ist die Festlegung einer politisch korrekten Linie für die *eigenen Strukturen*, bessere soziale und Selbstkontrolle, verbaler Krieg gegen die *Anderen* zur Festigung der eigenen moralischen Position. Eben dies prägte an manchen Punkten die Atmosphäre auf dem Kongreß, insbesondere auf den Plena.

Wo aber können wir die Diskussion weitertreiben, eingreifen, Impulse geben? Einerseits sind auch Auseinandersetzungen über Sexismus und Rassismus notwendig - da, wo wir uns politisch bewegen, wohnen, arbeiten, diskutieren... Andererseits müssen sie sich aber an der sozialen Realität orientieren, Kämpfe von ArbeiterInnen aufgreifen und Perspektiven von Veränderung thematisieren, wenn sie nicht bei Kampagnen gegen einzelne Täter stehen bleiben oder aber zu Betroffenheitsgelaber und Distanzierungszwang führen sollen. Wir haben es in letzter Zeit versäumt, an diesen Punkten genauere Positionen herauszuarbeiten und damit in die Diskussionen einzugreifen. Die Auseinandersetzung zu Rassismus sollte weitergehen (siehe Beitrag aus HH in Zirkular 14). Auch die Aufarbeitung der Erfahrungen der radikalen Frauenbewegung und der "triple oppression"-Diskussion steht im Raum. Da haben wir aber noch keine genauen Absprachen getroffen ...

Im Oktober findet in Frankfurt ein "Kongreß gegen Ausbeutung und Unterdrückung" statt. Wir drucken hier eine "offizielle" Einladung und die persönliche Stellungnahme eines Genossen aus FFm. Quasi ein Aufruf an uns, da hinzufahren und uns einzubringen.

Die Bundesarbeitsgruppen gegen Armut und Arbeitslosigkeit planen zusammen mit ITACA[1] vom 5. bis 8. Oktober an der Universität Hamburg einen

Konzertkongreß gegen Armut, Ausbeutung und Unterdrückung

Europa von unten
Solidarität kennt keine Grenzen

Die europäische Union verheißt uns eine gute Zukunft. Freiheit heißt ihr Schlagwort und verspricht die Öffnung aller Grenzen innerhalb Europas für Waren, Kapital, Dienstleistungen, Arbeitskräfte und private Reisen. Das vereinte Europa verspricht uns wirtschaftlichen Aufschwung, ein breiteres und besseres Warenangebot und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Wie sieht die Realität aus?

Das EG-Parlament ist ein scheindemokratisches Feigenblatt, das über keine wirkungsvollen Rechte oder Einflußmöglichkeiten verfügt. Die wichtigen politischen Entscheidungen werden vom EG-Ministerrat und in der undemokratischen Bürokratie der EG-Kommision getroffen. Die "Freiheit" im zentralisierten Europa begünstigt hauptsächlich das Kapital und die großen Konzerne. Konzentration und gnadenlose Rationalisierung sind die Folgen. Dadurch werden immer mehr Menschen arbeitslos. Jugendliche stehen am Ende der Schul- oder Berufsausbildung auf der Straße, ältere Arbeitnehmer werden in den Vorruhestand geschickt. Wenn überhaupt Arbeit zu finden ist, so sind das kurzfristige "bad jobs" ohne Sozialversicherung. Statt Arbeitslosigkeit und Geldmangel zu bekämpfen, werden wir als Betroffene bekämpft und unsere Überlebensstrategien wie Schwarzarbeit, Schwarzfahren, Ladendiebstahl etc. kriminalisiert.

---

[1] Itaca ist ein Zusammenschluß einiger europäischer Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut, die durch dieses Festival den gemeinsamen Kampf gegen Sozialabbau und den 6Aufbau eines europaweiten Netzwerkes von unten organisieren wollen.

Wohnungen werden für uns unbezahlbar, weil sie als Ware gehandelt werden, mit denen Profit gemacht werden soll. Steigende Baupreise, Spekulation, Luxussanierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen führen dazu, daß immer mehr Menschen sich eine Wohnung teilen mnssen, Jugendliche nicht aus ihrem Elternhaus ausziehen können.
Streit und Entsolidarisierung sind vorprogrammiert und werden durch die Gefühlsverrohung in den Massenmedien und durch den Druck der Leistungsgesellschaft noch forciert. Die einzelnen europäischen Staaten und Gemeinden können und wollen der Massenarmut keinen Ausgleich entgegensetzten. Die öffentlichen Kassen sind wegen Steuergeschenken gegenüber den Reichen leer, ein harter Sparkurs auf unsere Kosten wird eingeschlagen: Jugendzentren, Büchereien, Bäder, Beratungszentren und andere soziale Einrichtungen werden geschlossen. Staatliche Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung werden gekürzt, Zwangsarbeit eingeführt. "Freiheit" bedeutet hier: Rückzug aus der sozialen Verantwortung.

So ein Europa wollen wir nicht!

Dieses Festival ist eine Aktion der Gegenpolitik und Gegenkultur, egal ob Hip-Hop, Punk, andere Musikrichtungen oder Theater, die sich als eine Form des kulturellen Widerstandes verstehen. Deshalb spielen Musik- und Theatergruppen aus Europa, nicht nur gegen Arbeitslosigkeit und Armut, sondern auch gegen die Verursacher der Massenverelendung, die Bonzen und Konzerne. Auf den verschiedenen Foren und Diskussionen wollen wir uns mit Wohnungsnot, Hausbesetzungen, Widerstand gegen Sozialabbau und den heutigen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Ländern beschäftigen.
Im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben und existenzsichernde soziale Standards nicht nur in der EU müssen wir über den eigenen nationalen Tellerrand hinausschauen und gegenseitige Solidarität und gemeinsamen Widerstand organisieren.

Arbeitsgruppen auf dem Kongreß

* Feminisierung der Armut
* Wohnen/Hausbesetzung (Jugendwohnungslosigkeit)
* Internationaler Widerstand gegen Sozialabbau (Zwangsarbeit, Existenzgeld)
* Kampf der Arbeit (Schwarzarbeit, Schlanke Produktion)
* EU und Maastricht
* MigrantInneN und Soziale Frage
* Militarismus und Unterdrückung (Knast Totalverweigerung)
* Der Kultur-Workshop

Form der Arbeitsgruppen

Die Referate sollten kurz und thesenartig sein. Es könnte ein theoretisches Referat durch ein praxisnahes Referat ergänzt werden. Außerdem sollte es für jedes Forum mindestens ein/e Moderator/in und Protokollant/in geben. Die Arbeitsgruppen sollten maximal 40 Personen groß sein. Dementsprechend werden Untergruppen gebildet werden.

Zur Vorbereitung soll im August eine Sondernummer der "Quer" mit Referaten und ergänzendem Material erscheinen. Redaktionschluß ist Anfang Juli.
Radio FSK Hamburg hat zugesagt, daß alle Sendungen im September sich auf den Konzertkongreß beziehen sollen. Das bedeutet es könnten fünfminütige Beiträge in sechs Sendungen pro Woche mal vier stattfinden. Demzufolge müßten die Foren solche Beiträge möglichst bis August fertiggestellt haben.

Aktionsorientierter Kongreßkonzert

Neben den Foren soll es direkte Aktionen in der Stadt geben. Ab frühen Abend Kultur und Konzerte.

Kontakt für weitere Vorschläge, Kritiken, ist das "Büro" in Hamburg
Thadenstr 118, 22767 Hamburg, Tel. 040-4322124, Mittwochs 18-20 Uhr.

Anmerkungen zum Konzertkongreß

Ich kann leider nicht so schön schreiben wie Cleaver im Mexikoartikel in der Wildcat 64/65 oder wie das Vorwort des Zirkulars aus Hamburg. Aber ein Kongreß von unten wäre gut.

Kongreß ist,
- wenn viele Interessierte, nicht unbedingt bereits organisierte, Leute angesprochen werden können und
- wenn verschiedene Organisierte über ihre unterschiedliche Praxis etwas gemeinsames entwickeln und
- dabei so streiten, daß die Interessierten die politischen Unterschiede aus der Praxis, aus den Beispielen heraus verstehen und
- nicht wie oft persönliche, jahre alte Vorwürfe persönlicher Art - wie teilweise auch in Biedenkopf geschehen, für die Unbeteiligten nur Nerv bedeuten und politisch gar nichts bringen.

Deswegen Referate, die kurz und klar sein sollen. Theorie und Praxis.

Der Aufruf, so wie er ist, ist ein schlechter Kompromiß, und ich hab inhaltlich einiges zu kritisieren. Es ist für mich nur ein Anfang und je mehr wir einbringen, umsomehr kann der Inhalt wegkommen von sowas wie dem Aufruf. Wichtig ist auch, daß die Klasse nicht als Opfer "Ausgegrenzte", usw gesehen wird und das sich dieser Gedanke durch die unterschiedlichen Arbeitsgruppen durchzieht. Wobei viele Erwebsloseninitiativen sich oder die Erwerbslosen als Opfer sehen und das bestimmt zu längeren Diskussionen führen wird. Gut so. Und das können wir doch ganz gut. Zu jeder Arbeitsgruppen können wir genug sagen.

Daneben Öffentlichkeitsaktionen, die im Zusammenhang mit den Arbeitsgruppen stehen und auch vorbereitet sein müßten. Aktionen, wie Plakatieren, Besetzungen..., damit zu den Themen auch was außerhalb der Uni zu hören ist.
Das könnte verschiedenen Menschen und Gruppen Mut und Auftrieb geben.

Inwiefern der Kongreß auch "individuell nutzbar" sein kann für Leute die arbeitsrechtlich z.B. was wissen wollen - also ob es Beratungen, Vorträge zu bestimmten juristischen Probleme geben soll, ist bisher nur Idee.
Und Videos (Peugeot-Streik, Rheinhausen, ..), aus "Sabotage" vorlesen ...

Kampfkongreß? Dazu kann ich nicht viel sagen. Von den Erwerbslosengruppen sind die meisten nicht besonders kämpferisch. Die bundesweiten Treffen der Erwerbslosen zeichnen sich zum Großteil durch wenig Praxis, bürokratischen Diskussionen aus. Wenn inhaltliche Differenzen, wie z.b. bei den Beschäftigungsgesellschaften, der gemeinnützigen Arbeit, dem "Recht auf Arbeit", Existenzgeld, und anderem, diskutiert werden, so sind die Diskussionen heftig aber meist fruchtlos. Deswegen war es kein Wunder, daß als die Idee eines Konzertkongreßes, etwas Konkretem, aufkam, die ehemals kleine Internationalismus Untergruppe, von drei Städten auf um die zehn anwuchs.

Wie bringen wir Leute, die kämpfen, zu einem Kongreß? Ich hoffe, daß die kommenden Monate genutzt werden, sich dazu Gedanken zu machen. Die Idee einer "Kampagne" (Scheißwort) * Just in Time * It's time * einbringen!

Hintergründe des türkischen Einmarsches in den Nordirak

Interview mit A., 24.4.95

Kannst Du nochmal kurz die Gründe für den Einmarsch zusammenfassen? Die türkische Regierung hat gesagt, erstes Ziel seien die PKK-Stellungen im Nordirak. Das ist aber sicherlich nicht der einzige Grund.

Um über diese Themen richtig diskutieren zu können, müssen wir zum letzten Golfkrieg zurückgehen. Die Türkei war am Krieg der Alliierten gegen den Irak beteiligt. Sie mußte dies zum einen tun, war dazu gezwungen, andererseits hat die Türkei vom Einmarsch in den Irak fast nichts von den USA bekommen, aber gleichzeitig viel verloren. Denn sie hatte z.B. am irakischen Erdöl verdient, am Transport usw. Die Türkei hat immer auf eine schnelle Aufhebung des Embargos gehofft, da sie sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befindet. Die Inflationsrate steigt von Monat zu Monat an. Auf der anderen Seite gibt es große Probleme mit der PKK und anderen politischen Kräften in der Türkei. Deshalb erklärte sich die USA mit dem Einmarsch in Irakisch-Kurdistan einverstanden, obwohl er teilweise gegen die Interessen der USA verstößt. Die traditionellen politischen Kräfte, die heute in der Türkei herrschen, können die heutigen gesellschaftlichen Probleme nicht lösen. Deshalb versuchen sie, mit allen Mitteln ihre Macht zu sichern.

Der Militäreinsatz ist also einerseits ein halber Putsch in der Türkei, durch den viele andere Meinungen unterdrückt werden konnten. Man denke nur an die Ereignisse mit den Aleviten. Zum anderen gibt es in Irakisch-Kurdistan seit fast vier Jahren ein politisches Vakuum. Dies war immer eine Gefahr für die Türkei, weil sich die PKK dort entwickeln und stärker werden konnte. Der türkische Staat hat eine riesige Angst vor einem kurdischen Staat, denn das würde für die Türkei eine Katastrophe bedeuten, sie würde einen großen Teil ihres Landes und ihrer Bevölkerung und damit ihre Position in der Weltordnung verlieren. Andererseits hatte die kurdische Gesellschaft in Irakisch-Kurdistan die Möglichkeit, sich radikaler und revolutionärer gegen die traditionellen bürgerlichen Kräfte, das irakische Regime und überhaupt die ganzen reaktionären Kräfte in dieser Region zu bewegen.

Kannst Du nochmal erklären, worin das Machtvakuum besteht? Heißt es, daß die kurdischen Parteien, die die Regionalregierung gebildet haben, nicht fähig waren, den Nordirak zu beherrschen?

Seit vier Jahren herrschen nun kurdische nationalistische Kräfte in Kurdistan. Sie haben immer die nationale Frage in den Vordergrund gestellt und für sich

ausgenutzt. Sie haben versucht, mit diesem Thema die Gefühle der Menschen für sich zu gewinnen. Sie konnten schließlich eine Regionalregierung gründen. In den letzten drei Jahren haben sie gezeigt, wie eine nationalistische Kraft regiert. Sie repräsentieren nicht die Interessen der dort lebenden Menschen, sondern sie setzen ihre eigenen Interessen durch. Diese Interessen versuchen sie gegenüber der Bevölkerung als Interessen der Nation darzustellen.

Was sind ihre eigenen Interessen?
Wenn die Leute sich gegen Irak oder gegen die Saddam-Regierung bewegen, dann tun sie dies in erster Linie mit dem Ziel, besser leben zu können, Schulen zu haben, ausreichend Krankenhäuser und einen Job zu haben. In vier Jahren ist klargeworden, daß sich dies nicht verwirklicht hat. Die einfachen Leute auf der Straße sagen heute, daß es überhaupt keinen Unterschied gibt zwischen Saddams Regierung und der kurdischen Regierung.

Und wie sieht es mit den sogenannten politischen Freiheiten aus? Der Möglichkeit, sich politisch zu organisieren? Den Möglichkeiten der ArbeiterInnen, sich zu organisieren?
Im Irak herrscht die B'ath-Partei, in Kurdistan die kurdischen Nationalisten. Nirgends haben die ArbeiterInnen eine Möglichkeit, sich zu organisieren. Diese politische Freiheit ist auch in Kurdistan ein Lüge. Dort haben sich die proletarischen Kräfte gegen den Willen der bürgerlichen Kräfte organisiert. Es gibt in Irakisch Kurdistan z.B. zwei Arten von Gewerkschaften: gelbe Gewerkschaften, die Anhängsel der kurdischen Parteien sind, und die radikalen Gewerkschaften, die sich auf die Politik der Arbeiterkommunistischen Partei beziehen. Nationale Regierung bedeutet überhaupt nicht, daß es politische Freiheit gibt, manchmal ist es eher umgekehrt: die Menschen werden unterdrückt, unter den Menschen wird Haß verbreitet. In jedem Land gibt es verschiedene Nationen. Nationale Grenzen stimmen doch nie. Im Irak gibt es Kurden, Turkmenen, Araber, Assyrer, Armenier usw.. Wenn man von den Interessen der Nation redet: von welcher Nation denn? Welche Nation soll die andere unterdrücken? Es gibt weltweit kein Land mit einer reinen Nation, das ganze ist doch mehr eine Betrügerei als Realität.

Du sagst, der traditionelle kurdische Nationalismus sei in eine Krise gekommen, weil die Leute gesehen haben, was er wirklich bedeutet. In welche Richtung verschieben sich denn die politischen Kräfte im Nordirak?
Herrschende bürgerliche Kräfte versuchen, an der Macht zu bleiben und bauen dazu ihr Militär, ihre Geheimdienste, ihre Polizei usw. aus. Das gleiche machen heute die kurdischen Parteien in Irakisch-Kurdistan. Durch ihr Militär und ihre

Geheimdienste zwingen sie die Menschen dazu, weiter für ihre Ziele zu arbeiten. Die jungen Leute werden direkt oder indirekt an die Front gezwungen, um gegen den Irak oder gegen PUK bzw. KDP zu kämpfen. Am Ende haben die Menschen das Gefühl, daß diese herrschenden Parteien ihre Gegner sind. Die einfachen Menschen sehen heute Talabanis oder Barzanis Partei so wie sie früher Saddam gesehen haben, als Gegner. Sie ertragen die Herrschaft, solange es unmöglich ist, eine Revolution durchzuführen. Die herrschenden kurdischen Parteien konnten sich bisher halten, weil sie ihre eigene Hausmacht haben, mit der sie den Leuten ihre Ziele aufzwingen. Aber das wird sich ändern. Außer diesen beiden großen Parteien gibt es bis heute in Irakisch-Kurdistan nur ganz kleine Parteien, linksbürgerliche und rechte, die haben nicht mehr als 100-200 Mitglieder. Die PKK hat in Nordkurdistan keinen so starken Einfluß, besonders nicht im Sorani-Gebiet, das seine eigene Geschichte hat. Hier hat es alle Arten von bürgerlichen Parteien gegeben, die Leute haben alle Arten von politischen Parolen kennengelernt. In Barzanis Gebiet gab es traditionell nur diese eine Partei, auch solange Saddam dort geherrscht hat. Deshalb sind hier die radikaleren nationalistischen Parolen der PKK eine Alternative zur KDP. Aber im Sorani-Gebiet haben die Leute Talabani als Maoisten kennengelernt, sie haben Kommunisten und Sozialisten kennengelernt, die den Kommunismus und Sozialismus als Maske für ihre nationalistischen Interessen benutzen. Es ist nicht so einfach, sie zu überzeugen. Es gibt im Nordirak keine Alternative zu den Nationalisten, aber die PKK mit ihrem Geld und ihren Möglichkeiten, ihren radikalen nationalen Parolen kann einige Menschen auf ihre Seite bringen. Auf der anderen Seite versuchen die Islamisten, die bisher viel Geld vom Iran bekommen haben, Politik mit der Armut der Leute zu machen. Die PKK wird in den nächsten Monaten sicherlich einen Aufschwung erleben, wohingegen die Zeit der Islamisten zu Ende ist. Zum einen bleiben die Gelder aus dem Iran aus, weil der Iran selbst in einer Krise ist, und zum anderen weil die islamistische Bewegung in allen islamischen Ländern in einer Krise steckt. Denn die Leute haben mittlerweile die Erfahrung gemacht, daß auch der Islam keine Lösung ist. Im Iran gibt es eine islamistische Regierung, und alles ist schlimmer als früher. Im Sudan gibt es eine islamistische Regierung, und die Verhältnisse werden jeden Tag schlimmer. Heute zeigt es sich vielleicht noch nicht so klar, aber die Islamisten werden Einfluß verlieren. Besonders im Irak werden die Islamisten ihre Basis verlieren.

Wir haben bisher über den kurdischen Nationalismus im Irak gesprochen, der für die große Masse der Leute keine Verbesserung der Lebensbedingungen gebracht hat. Sie betreiben Machtpolitik wie alle anderen Regierungen auch. Aber ist es nicht ein großes Problem dieses Staates, daß er keine ökonomische

Basis hat, sondern bis heute abhängig ist von Hilfslieferungen?
An der türkisch-arabischen Grenze werden jeden Tag, besonders am Ibrahim Karil, werden jeden Tag fast 1 Mio Dinar oder Dollar (??) kassiert an Zoll von der kurdischen Regierung. Wenn die Nationalisten sich für die Neuordnung der Gesellschaft interessierten, würden sie dieses Geld investieren, den Leuten etwas abgeben. Was wir sehen ist, daß ihre Truppen so gut bewaffnet sind wie noch nie, daß ihre Funktionäre Gehälter beziehen wie noch nie. Sie haben auf ihren Konten mehr Geld als Saddam heute auf seinen Inlandskonten. Mit diesen Mitteln könnten sie eine ökonomische Basis schaffen. Es gibt menschliche Kräfte, Bodenschätze, es gibt viele Möglichkeiten. Aber diese bürgerlichen Kräfte hatten nie Vertrauen darauf, daß diese politische Situation mehr als ein oder zwei Jahre andauert und sorgen deshalb in erster Linie für sich selbst. Außerdem hatten sie nie politische Vorstellungen für die Region. Sie denken immer nur über Möglichkeiten im internationalen Rahmen nach, danach richten sie ihre Politik aus. Wenn heute die USA keine klare Stellung zur kurdischen Frage beziehen, werden sie ein Abkommen mit Saddam schließen. Der letzte Krieg, der im Mai 1994 begonnen hat und bis heute andauert, spiegelt diese Unklarheit und diese Krise ihrer Politik wider.

Bis vor einem Jahr versuchten sie, mit der türkischen Regierung zu kooperieren. Wann ist dies zerbrochen?
Talabanis Partei hat keine stabile politische Beziehung zu den bürgerlichen Kräften in den Nachbarstaaten. Einen Tag lang steht sie gut mit der Türkei, bei anderen Sachen sind sie auf der Seite des Iran, dann halten sie es wieder mit Saddam usw. usf.. Barzani hat seine politischen Freunde, er hat eine stabilere Beziehung zur Türkei. Aber es gibt immer Gespräche zwischen der Türkei und den herrschenden kurdischen Parteien, zwischen Iran und den herrschenden kurdischen Parteien. Und es gibt weiterhin heimliche und offene Gespräche zwischen Saddam und den herrschenden kurdischen Parteien. Es gibt eine Reihe von Abkommen, die heimlich oder offen geschlossen werden.

Was wird jetzt geschehen? Die Türkei ist jetzt mit 35 000 Soldaten in den Nordirak einmarschiert. Wie lange werden sie bleiben, bis wohin wollen sie gehen, was sind die genauen Ziele?
Die Türkei kann nicht über längere Zeit im Nordirak bleiben und zwar aus verschiedenen Gründen. Einerseits gibt es internationale, bürgerliche Kräfte, die damit nicht einverstanden sind. Schon ökonomisch ist die Türkei nicht in der Lage, ihre Armee für längere Zeit dort zu halten. Die Aktion löst politisch gar nichts, denn dann beginnt der Partisanenkrieg, der besonders im Winter schlimm ist. Andererseits handelt es sich um eine Besetzung eines anderen

Landes, und die dortige Bevölkerung wird beginnen, sie als Feind zu bekämpfen. Dies könnte die bürgerlichen kurdischen Kräfte vereinen und gegen die Türkei vorgehen lassen. Die Position der PKK könnte sich noch verstärken. Auch in der Türkei werden sich insbesondere die radikalen Leute gegen die Militäraktion wenden, die Menge der Kriegsgegner nimmt zu. Deshalb wird sich die Türkei zurückziehen. Schon früher hat die Türkei von Barzani die Einrichtung einer Schutzzone (Pufferzone?) verlangt, also einen kontrollierten Grenzstreifen. Barzani hat gesagt, daß dies bei der gegebenen Topographie sehr schwierig ist. D.h. daß die Türkei selbst für ihre Sicherheit sorgen muß. Barzani ist wohl mit der Einrichtung einer solchen Zone einverstanden, wenn die Türkei sich zurückzieht. Es werden Gespräche geführt über 12000 Peshmergas von der KDP und 12000 von der PUK, die die Türkei finanzieren muß. Die Türkei wollte mit dieser Aktion einige Sachen durchsetzen. Zum einen wollte sie zeigen, daß sie die Bedrohung durch die PKK weder politisch noch ökonomisch weiter ertragen kann. D.h. die anderen imperialistischen Kräfte sollen sich hinter die Türkei stellen.

Vielleicht nochmal kurz zu den weitergehenden Ziele der Türkei.
Hauptziel ist, daß es Ruhe in diesem Gebiet gibt, d.h. daß die irakische Regierung dort wieder die Macht übernimmt und der Öltransport wieder losgehen kann. Es ist einfacher, sich zusammen mit einem starken Staat gegen die PKK zu stellen. Außerdem ist sie mit Saddam in der kurdischen Frage einer Meinung. 1986 oder 1987 hatten sie schon einmal ein Abkommen gemacht, das es ihnen gegenseitig gestattete, 15 km weit ins Nachbarland einzumarschieren, um die Gegner zu verfolgen. Jetzt gibt es solch ein Abkommen mit dem Iran, wobei die Entfernung auf 40 km ausgedehnt wurde. Im letzten Krieg gegen die PKK sind die türkischen Truppen in den Iran einmarschiert, und der Iran hat nichts dagegen gesagt. Die Türkei versucht mit allen Mitteln, die Möglichkeiten der PKK, die Kräfte der PKK auseinanderzunehmen. V.a. die Möglichkeit zu nehmen, einen kurdischen Staat zu gründen. Was die türkische Gesellschaft betrifft, so ist es heute leider so, daß im türkischen Teil von Kurdistan ein starker Nationalismus herrscht. Die PKK versucht, ihre Ziele mit allen Mitteln weiter durchzusetzen. Für viele Linke in der Welt ist die PKK eine fortschrittliche Bewegung gemäß dem alten Modell der nationalen Befreiung. Viele denken, sie seien Linke oder Kommunisten. Sie verstehen nicht, daß es um ein Ziel geht: die Interessen der bürgerlichen kurdischen Kräfte. Sie versuchen, alle Themen für sich zu okkupieren. Sie reden von Kommunismus, aber ihre Politik hat nichts mit Kommunismus zu tun. Kommunismus ist für sie nur eine Maske, um ihre Ziele durchzusetzen. Sie versuchen, die Bedürfnisse der Menschen im kurdischen Teil der Türkei und die Unterdrückung der Menschen durch die

türkische Regierung damit zu erklären, daß sie nicht national befreit seien. Anderseits spielen sie auch mit religiösen Gefühlen. Sie haben in der letzten Zeit in Berlin fünf Moscheen aufgebaut. Das hat mit Linkssein nichts zu tun, es geht um die nationalen Interessen der bürgerlichen Kräfte, das ist alles. Leider kapieren das die Menschen im türkischen Teil von Kurdistan nicht, daß diese nationalen Gefühle mit ihren eigenen Interessen als Proletariat, als ArbeiterInnen, als Bauern nichts zu tun haben. Sie müssen diese Front erst finden...

Das ist in der jetzigen Kriegssituation sehr schwierig...
Aber auch in schwierigen Situationen mußten die ArbeiterInnen immer darum kämpfen, ihre eigene Front zu behalten und ihre Interessen durchzusetzen. Die bürgerlichen Kräfte lassen uns nicht die Möglichkeit, daß wir uns in Ruhe organisieren und sie in Ruhe entmachten. Trotz aller Schwierigkeiten seitens der PKK und seitens der türkischen herrschenden bürgerlichen Kräfte, die die Menschen dort auf unmenschliche Art unterdrücken, müssen wir zwischen diesen Fronten versuchen, die ArbeiterInnen zu organisieren und immer weiter klarmachen, daß die ArbeiterInnen keine nationalen Interessen haben, sondern nur ein Interesse, nämlich die Befreiung der ArbeiterInnen in der ganzen Welt. Das geht nur, wenn sie international denken. Dafür müssen wir besonders heute kämpfen.

In der Türkei gibt es auch bürgerliche Kräfte (z.B. in der Industrie), die sagen: Schluß mit dem Krieg, es geht um einen Ausgleich mit der kurdischen Bourgeoisie und eine andere Staatsform. Der Krieg macht nur die Wirtschaft kaputt. Wie schätzt Du diese Kräfte ein?
Diese Kräfte sind zwar heute noch sehr schwach, aber sie werden morgen eine Rolle spielen und Druck auf die türkische Regierung ausüben, je länger dieser Krieg andauert und je länger die ArbeiterInnen weiter für diesen Krieg zahlen müssen und darunter leiden. Außerdem: wenn die bürgerlichen Kräfte sich nicht gegen den Krieg richten, verlieren sie auf lange Sicht. Ihr Interesse ist die Weiterentwicklung der Industrie, sie wollen Profit machen. Wenn sie am Krieg verdienen können, werden sie ihn unterstützen. Wenn nicht, werden sie sich dagegen wenden. Zuerst versuchen sie, den herrschenden politischen Kräften Ratschläge zu geben. Wenn dies nichts nutzt, werden sie versuchen, ihre Kräfte durchzusetzen. Auch die Stimme der Menschenrechtsbewegung und der proletarischen Bewegungen gegen diesen Krieg wird von Tag zu Tag größer. Dies ist auch ein Grund, weshalb das türkische Militär nicht länger in Irakisch-Kurdistan bleiben kann.

Wir haben jetzt viel über die instabile Situation innerhalb der Türkei gespro-

chen. Im Iran sieht die Lage nicht viel anders aus. In der gesamten Region stehen die Regimes vor dem Zusammenbruch. Was heißt das perspektivisch? Gibt es Hoffnungen auf eine neue sozialrevolutionäre Bewegung, oder geht es eher in Richtung Afghanisierung der Gesellschaft?

Die gesamte Region befindet sich in einer revolutionären Krise. Wenn ich revolutionär sage, meine ich nicht, daß eine fortschrittliche Revolution kommt und sich eine proletarische Perspektive durchsetzt. Sondern ich meine, daß die ArbeiterInnen sehr wütend auf dieses Leben voller Armut, Unmenschlichkeit, Unterdrückung und Verfolgung sind. Alle hoffen auf eine Änderung. Aber wie viele Leute machen sich Gedanken über eine solche Veränderung? Es sind wenige. Wenn es Veränderungen in diesem Gebiet gibt, sind viele Dinge möglich. Ich kann nicht behaupten, daß es nur zu einer Afghanisierung kommen kann. Ich kann mir auch eine Revolution vorstellen, die die gesamte Region in die Krise bringt. Wenn wir uns vorstellen, daß heute in Irakisch-Kurdistan die Rätebewegung sich neu aufgebaut hat und wenn sie sich als alternative Kraft in Irakisch-Kurdistan durchsetzt in den nächsten sechs Monaten; wenn es gleichzeitig im Iran zu einer Revolution kommt - dann ist vorstellbar, daß sich diese Rätebewegung besonders im Iran ausbreiten wird, wo es eine gute Erfahrung aus der Revolution 1979 gibt. Damals haben mehrere tausend ArbeiterInnen in ihren Betrieben Räte gegründet. Wenn die ArbeiterInnen sich in einem Teil dieser Region gut organisieren oder eine proletarische Perspektive ins Auge fassen, dann gibt es die Möglichkeit, daß sich die proletarische Perspektive überall in dieser Region ausbreitet und von den ArbeiterInnen als internationales Modell betrachtet werden. Es gibt auch die Möglichkeit, daß die bürgerlichen Kräfte mit ihrem Krieg die Gesellschaft als ganze in eine Krise bringen, d.h. die Gesellschaft auflösen. Diese Möglichkeit gibt es auch. Denn die ArbeiterInnen im Iran sind heute nicht in starken eigenen Organisationen organisiert. Deshalb gibt es die Möglichkeit, daß die Kämpfe der bürgerlichen Kräfte untereinander innerhalb und außerhalb des Militärs so stark eskalieren, daß es zu Staatsstreichen und zum Bürgerkrieg kommt, der auf die ganze Golfregion ausstrahlt. Es besteht die Möglichkeit, daß die USA einen Teil des Iran besetzen, den Süden, Arabistan, um die Golfländer zu schützen vor diesen Kriegen und Auseinandersetzungen. Die Golfstaaten sind heute nicht sehr stabil, es gibt viele Probleme. In Oman gibt es zum Beispiel Arbeitslosigkeit, 21.000 in einem Land mit 4 Millionen WanderarbeiterInnen. Der Sultan hat gefordert, daß die Bewohner jede Arbeit machen. Das verstärkt auch die Vorstellung, daß die Arbeiter keine Nation haben. Diese reaktionären, konservativen Vorstellungen über Nationalismus herrschen heute überall. Wir müssen uns ihnen als ArbeiterInnen, als Aktivisten der Arbeiterklasse heute verstärkt entgegenstellen, damit die ArbeiterInnen nicht weiterhin in verschiedene Klassen unterteilt werden.

Die anderen Golfstaaten haben alle ihre eigenen Probleme. Es gibt islamistische Bewegungen in diesen Ländern. Es gibt auch Strömungen wie die Forderung nach Demokratisierung in Kuwait, der sich der Emir stark entgegenstellt. In den anderen Ländern sieht es nicht besser aus. Die Golfregion ist nicht mehr stabil, deshalb werden sich die USA stärker um die Sicherung der Ölquellen kümmern. Eine Veränderung im Iran wird alles in Gefahr bringen. Deshalb werden die USA ihre Flugzeugtträger immer mehr in diese Region schicken - unter immer neuen Behauptungen: daß Saddam die Region bedroht, daß die Lage im Iran instabil ist [oder der Behauptung, gegen den "internationalen Terrorismus" vorzugehen; siehe die Reaktionen auf das Massaker in Oklahoma; d.T.]. Mit jeder Bewegung von iranischen oder irakischen Truppen werden die USA mehr Truppen dorthin schicken. Jetzt haben die USA feste Stützpunkte in vielen Golfstaaten, v.a. in Kuwait; sie sind darauf vorbereitet, ganz schnell einzugreifen, wenn es zu für sie unliebsamen Veränderungen kommt.

Streikbewegung gegen den Neoliberalismus in Ägypten

Die TextilarbeiterInnen von Kafr al Dawwar

Im Zirkular Nr. 9 war eine Zeitungsmeldung über einen Streik in einer Textilfabrik in Ägypten abgedruckt worden, die ziemlich nichtssagend war. Hatte sich diese Meldung nur zufällig in eine deutsche Tageszeitung verirrt, weil es dort Tote gegeben hatte, oder hatte dieser Streik eine weitergehende Bedeutung? In der Januar/Februar-Ausgabe des MIDDLE EAST REPORTS schreibt Joe Stork einen Artikel über eben diesen Streik: »Die Kampagne zur Privatisierung der Fabriken in Ägypten wird tödlich«. Er stützt sich dabei auf die Middle East Times, einen ausführlichen Bericht der Ägyptischen Menschenrechtsorganisation und auf eine ausführliche Schilderung des Streikverlaufs aus dem LaborNet. Ich übersetzte zunächst diese Schilderung und dann noch einige Teile aus dem Artikel von MERIP, die einige ergänzende Einschätzungen bringen. Der Middle East Report wird zweimonatlich vom MERIP (Middle East Research and Information Project) herausgegeben und gehört sicher zu den besten Informationsquellen und Analysen dieser Region. In älteren Ausgaben der Wildcat haben wir schon einige Male Artikel daraus übersetzt. Falls nicht in der örtlichen Uni-Bibliothek vorhanden kann er für $40 (overseas) bestellt werden. MERIP, 1500 Mass.Ave. NW Suite 119, Washington, DC 20005, USA, tel.: (202) 223-3677, e-mail: merip@igc.apc.org

Streik wegen der Privatisierungspolitik in Ägypten (Kafr al Dawwar)

von: kelleyo@auc-acs.eun.eg, vom: 23.10.1994

Unter dem zunehmenden Druck des IWF für eine Privatisierung des großen öffentlichen Sektors hat die ägyptische Regierung seit 1991 eine Reihe von regressiven Maßnahmen ergriffen, mit denen diese Firmen für den Verkauf vorbereitet werden sollen. Das Gesetz 203 von 1991 wurde von der Regierung dazu benutzt, gleichzeitig die Gewerkschaften zu schwächen, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren und durch Lohnkürzungen Geld zum Ausgleich der Schulden dieser Firmen abzuschöpfen. Die Maßnahmen, die in der Spinnerei- und Weberei-Fabrik von Kafr al Dawwar durchgeführt wurden, stellen einen extremen Fall dieser Politik dar, und viele glauben, daß diese Fabrik als Testfall ausgesucht wurde, um auszuprobieren, wie weit man mit dieser Politik gehen kann, ohne daß es zu Arbeiterunruhen kommt.

Am 30. September 1994 begannen 7000 ArbeiterInnen der 22 000 Beschäftigten bei der Spinnerei- und Weberei-Fabrik von Kafr al Dawwar mit einer friedlichen Besetzung ihrer Fabrik (ArbeiterInnen der anderen Schichten wurde der Zutritt zur Fabrik durch die Staatssicherheitskräfte verwehrt). Die ArbeiterInnen hielten dabei die Produktion solange am Laufen, bis das Management am 1. Oktober die Strom- und Wasserversorgung zur Fabrik unterbrach. Am 2. Oktober reagierte die Regierung auf den Sit-in mit einem massiven Einsatz von Gewalt. Die Staatssicherheitskräfte feuerten Tränengas und scharfe Munition auf die Arbeiter, auf deren Familienmitglieder, die ihnen Wasser und Nahrungsmittel bringen wollten, und auf Schulkinder, die gerade von den Schulen in der Nähe der Fabrik nach Hause geschickt worden waren. Vier Menschen wurden getötet und mindestens 120 verletzt (75 kamen in Krankenhäuser und viele andere verzichteten auf eine medizinische Behandlung, weil die Staatssicherheitskräfte normalerweise die Verwundeten mit der Begründung festnimmt, daß eine Schußwunde auf ihre Beteiligung an illegalen Aktivitäten hinweise). 96 wurden festgenommen.

Die 56 Jahre alte Spinnerei- und Weberei-Fabrik ist die größte Fabrik in dieser Stadt mit 500 000 EinwohnerInnen, die 20 Kilometer von Alexandria entfernt ist. In ihr arbeiten 22 000 der etwa 80 000 FabrikarbeiterInnen der Stadt. Viele, die in der Fabrik arbeiten, gehören schon zur zweiten Generation von FabrikarbeiterInnen, und es gibt eine lange Tradition der Solidarität in der Community und der Basisorganisierung der ArbeiterInnen in der Stadt und den umgebenden Dörfern. In der Vergangenheit hat es in dieser Fabrik schon größere Streiks

gegeben, einschließlich des mittlerweile legendären Streiks von 1984. Damals unterstützte die gesamte Stadt den Protest der ArbeiterInnen gegen ein neues Gesetz, das zu massiven Lohnkürzungen geführt hätte. Bis heute wurde dieses Gesetz auf die ArbeiterInnen in Kafr al Dawwar nicht angewandt, und bis 1991 waren die Brotsubventionen in Kafr al Dawwar mehr als doppelt so hoch als im übrigen Ägypten.
Die gegenwärtigen Probleme begannen im Mai 1993, nachdem Fathi Muhammad Ali zum leitenden Manager ernannt worden war. Obwohl er zunächst einen moderaten Kurs versprochen hatte, begann der neue Präsident sehr schnell damit, die Gewerkschaftsführung zu kooptieren. Er sorgte dafür, daß ein neuer Betriebsrat gebildet wurde, dessen Mitglieder Posten in der Verwaltung bekamen, wo sie angeblich Gehälter und Zulagen von 2000 Pfund (670 $) monatlich verdienen - in einer Fabrik mit einem durchschnittlichen Grundlohn von 70 Pfund (23 $) im Monat. Außerdem richtet Ali ein Gremium von 17 Beratern ein, das bei der Durchführung der neuen Maßnahmen beraten sollte. Die Gesamtgehälter dieses Gremiums sollen bei fast 250 000 Pfund pro Jahr liegen.

Die Situation verschlechterte sich nach dem Oktober 1993, als Ali mit Zustimmung des neuen Betriebsrates und des Beratungsgremiums mit der Einführung einer Reihe von Maßnahmen begann, mit denen die Löhne gekürzt werden sollten. Dazu gehörte unter anderem eine Politik plötzlicher Verwaltungs- und Sicherheitskontrollen, wobei kleinere Vergehen wie eine kurze Abwesenheit von der Maschine oder Zuspätkommen mit einem dreimonatigen Verlust der Leistungsprämie und anderer Zulagen bestraft wurden. (Es ist zu beachten, daß der Grundlohn in dieser Fabrik nur etwa ein Drittel des Einkommens der Arbeiter ausmacht, weshalb die Prämien und Zulagen entscheidend sind.) Abwesenheitstage wegen Krankheit oder aus andern Gründen wurden mit Lohnkürzungen bestraft: einen Tageslohn für den ersten Tag, drei Tageslöhne für den zweiten Tag, sechs Tageslöhne für den dritten Tag usw. (diese Strafen kommen zu dem Lohnverlust durch die Abwesenheit hinzu; sie basieren auf der Neuinterpretation des geltenden Gesetzes, das den Abzug von einem Tageslohn als Strafe für einen Abwesenheitstag bei einer maximalen Lohnkürzung um 5 Tageslöhne zuläßt, durch die Regierung).

Weitere Maßnahmen in dieser Zeit war die Entlassung von etwa 1500 ArbeiterInnen und die Verschickung von ArbeiterInnen in weit entfernte Zweigwerke (viele, die verschickt werden sollten, kündigten oder gingen vorzeitig in den Ruhestand). Es wurde versucht, 200 Familien aus den Firmenwohnungen herauszuwerfen, deren Haushaltsvorstand nicht mehr in der Fabrik arbeitete (einige

dieser Familien lebten seit 20 oder 30 Jahren in derselben Wohnung). Firmenwohnungen wurden abgerissen und durch keine neuen ersetzt, obwohl es eine Wohnungsknappheit gibt.

Trotz zahlreichen Beschwerden, mit denen sich die ArbeiterInnen an ihre Gewerkschaft, den Gewerkschaftsdachverband, den Arbeitsminister und den ägyptischen Präsidenten wandten, und trotz einer Entscheidung des zentralen Rechnungsamtes der Regierung, die die Maßnahmen des Managements für illegal erklärte, durfte Ali im Amt bleiben und mit seinen Angriffen auf die ArbeiterInnen fortfahren.

Am Dienstag, den 27. September 1994, erfuhren die ArbeiterInnen, daß der Betriebsrat einem Vorschlag der Firma zugestimmt hatte, demzufolge sie für einen Krankheitstag oder das Erwischen beim Schlafen oder der Abwesenheit vom Arbeitsplatz für drei Monate die Leistungsprämie verlieren können. Am Ende der Spätschicht protestierten die Arbeiter mit einem einstündigen Sitzstreik, beschlossen dann aber ein Ende des Streiks, als sie niemanden von der Geschäftsleitung finden konnten. Am 28. und 29. gab es Verhandlungen mit dem Management, es wurde eine Erklärung der Leitung verteilt, in der die Strafe von drei Monaten Zulage zurückgezogen wurde. Aber am Freitag, den 30., erklärte der Präsident mündlich, er habe diese Erklärung nicht herausgegeben und werde die Maßnahme nicht zurückziehen. Ein neuer Sitz-Streik begann an diesem Abend, und die ArbeiterInnen der nächsten Schicht schlossen sich dem Streik an. Ab Samstag, den 1. Oktober, verhinderten die Staatssicherheitskräfte weiteren Arbeitern den Zutritt zur Fabrik. Die ArbeiterInnen stellten folgende Forderungen auf: 1. Absetzung von Präsident Fathi Muhammad Ali; 2. Wiedereinstellung der entlassenen ArbeiterInnen (etwa 1500); 3. Rückkehr der verschickten ArbeiterInnen; 4. Zurücknahme der harten Maßnahmen der letzten Monate; 5. Nachzahlung verlorener Leistungsprämien; 6. Auswechseln der Betriebsräte (dies ist gesetzlich nicht zulässig, aber es zeigt, in welchem Maße sich die ArbeiterInnen verkauft fühlen; während des Sitzstreiks wurden drei Betriebsräte verprügelt und der Rest floh); 7. Abschaffung des neuen Beratungsgremiums; 8. Erklärung des Freitags zum bezahlten Feiertag, 100 Prozent Zulage für Arbeit am Freitag (der Freitag ist der Ruhetag in der ganzen islamischen Welt).

Seit Samstag morgen traten die örtlichen Staatssicherheitskräfte in voller Stärke auf, Spezialtruppen und Verstärkung wurde aus den umliegenden Städten Alexandria, Kafr al Shaykh und Bahariya herangeholt. Das Sit-in wurde zu einem de facto Streik, als die Geschäftsleitung am Samstag um ein Uhr mittags die

Strom- und Wasserversorgung kappte und damit die Produktion stoppte. Samstag abend begannen die Familien damit, Nahrungsmittel zur Fabrik zu bringen. Am Sonntag griffen die Sicherheitskräfte im Morgengrauen das nahegelegene Dorf Nazir an, das als Zentrum der Arbeiterorganisierung bekannt ist und in dem üblicherweise die Arbeiterdemonstrationen beginnen. Außerdem zerschnitten sie das Seil einer Flußfähre, um ArbeiterInnen aus anderen Dörfern von einer Beteiligung an den Protesten abzuhalten. Kurz nach dem Angriff kam es zu einer Konfrontation an den Fabriktoren, als die Sicherheitskräfte versuchten, die Familien mit den Nahrungsmitteln zurückzudrängen. Sie beschlagnahmten die Nahrungsmittel und warfen sie in einen Kanal. Die Familien protestierten und stimmten Sprechchöre an. Die Sicherheitskräfte schossen in die Luft, worauf die Leute mit Steinwürfen antworteten. Daraufhin griffen die Sicherheitskräfte mit scharfer Munition und Tränengas an. ArbeiterInnen, die das Geschehen aus der Fabrik heraus beobachteten, drehten die Feuerwehrschläuche auf und richteten sie auf die Sicherheitskräfte, um ihre Familien zu verteidigen. Auch sie wurden unter Beschuß genommen (entgegen den Beschuldigungen des Managements, die ArbeiterInnen würden die Fabrik zerstören, waren sie es, die die durch Tränengasgranaten in Brand geschossene Baumwollbündel löschten). Etwa zur gleichen Zeit wurde angekündigt, daß der Schulunterricht für diesen Tag abgebrochen werde. Die Leute gingen zu den Schulen, um ihre Kinder abzuholen und in Sicherheit zu bringen. (Einer der Getöteten war ein neunjähriger Junge, der erschossen wurde, während sein Vater ihn an der Hand hielt und nach Hause brachte.) Einige der älteren SchülerInnen kamen zur Fabrik, um zu sehen, was los war, und beteiligten sich an den Sprechchören. Auch auf sie wurde geschossen.

Später am Tag brachte das Management eine Erklärung heraus, in der es die Forderung der ArbeiterInnen akzeptierte und eine Woche Urlaub ankündigte. Als die ArbeiterInnen nach Hause gingen, waren 71 ArbeiterInnen und Familienmitglieder festgenommen worden, entweder auf der Straße, zu Hause oder im Krankenhaus. Weitere 22 wurden am 4. Oktober in ihren Häusern festgenommen, sowie je eine Person am 5., am 8. und am 16. Oktober. Etwa sieben weitere, darunter vier Minderjährige, wurden festgenommen, aber wieder freigelassen, bevor es zu einer Anklage durch den Staatsanwalt kam. Die Zahl der Verwundeten ist schwer zu schätzen, da viele aus Angst vor einer Festnahme nicht ins Krankenhaus gingen. 75 wurden in den Krankenhäusern registriert und es wird geschätzt, daß es insgesamt mindestens 120 Verletzte gab. Unter denen im Krankenhaus sind acht Personen, die eines oder beide Augen verloren haben, und einer, der seine Beine nicht mehr gebrauchen kann.

Heute (21. Oktober) sind 94 der Festgenommenen gegen Kaution freigelassen, 69 mit Geldstrafen von 50 Pfund, 22 mit 100 Pfund. Zwei weitere Warten auf eine Überprüfung ihres Falls. Es ist nicht bekannt, ob die Regierung einige von diesen Fällen zur Anklage bringen will. Ein von der Regierung bestelltes Untersuchungskomitee fand heraus, daß die Gewerkschaft ihre Aufgabe bei der Verteidigung der Arbeiterinteressen nicht ordentlich erfüllt hatte und daß die Forderungen der ArbeiterInnen legal waren. Trotzdem wurden die Forderungen der ArbeiterInnen nur teilweise erfüllt, und der Präsident bleibt auf unbestimmte Zeit in Urlaub. ■

Soweit die Schilderung. Joe Stork hat sich Ende Oktober mit Aktivisten in Ägypten getroffen. Der Streik habe sich in gleicher Weise gegen das Management wie gegen den offiziellen Gewerkschaftsverband gerichtet. Der Sitzstreik begann, nachdem sich die betriebliche Gewerkschaft geweigert hatte, die Einwände der ArbeiterInnen dem Management mitzuteilen. Ein wichtiger Aspekt der Konfrontation in Kafr al Dawwar ist die Tatsache, daß die im übrigen Ägypten starke islamische Bewegung hier fast völlig abwesend ist. Nur einer der fünf angeblichen Rädelsführer kann als religiös bezeichnet werden, und er ist kein Islamist, erklärt ein Arbeiteraktivist. »Es waren die ArbeiterInnen und ihre Familien, die zu den Moscheen gingen und darum baten, die Lautsprecher für Spendenaufrufe für die Streikenden benutzen zu dürfen.« Die Sozialistische Arbeiterpartei, deren Zeitung Al-Sha'b heute ein Sprachrohr der Islamisten ist, übte sich in rhetorischer Unterstützung, aber ihre Berichterstattung war nicht wesentlich anders als die der bürgerlichen Al-Wafd. Die halboffizielle Presse wie Al-Ahram distanzierte sich klar von den Ereignissen. Auf die Frage nach dem Erfolg der Aktion sagen die Aktivisten: »Die ArbeiterInnen habe ihre ökonomischen Forderungen erreicht, aber nicht ihre politischen, insbesondere nicht die Ablösung des Geschäftsführers.« [Premierminister Atif Sidki hatte eine der Hauptforderungen des Streiks mit der Wiedereinstellung von etwa 2000 ArbeiterInnen, die in den letzten Monaten entlassen worden waren, erfüllt.] Die Aktion habe die Notwendigkeit unabhängiger Gewerkschaften gezeigt, aber sie wissen, daß die Privatisierungskampagne schwache und gehorsame Gewerkschaften erfordert. »Der Staat hat die Akten in diesem Fall noch nicht geschlossen.«

Mingong - die Arbeiterbauern

übersetzt aus: China Labour Bulletin, Nr.11, Februar 1995

Vorwort

Offizielle Statistiken geben als Bevölkerungszahl Chinas 1,18 Milliarden an, von denen 330 Millionen in Groß- und Kleinstädten leben. Die ländliche Bevölkerung liegt bei 850 Millionen. Die Anzahl der werktätigen Bevölkerung in den Städten liegt bei 160 Millionen, auf dem Land bei 440 Millionen. Die Zahl der Arbeiter in China, einschließlich der Mingong, ist jetzt höher als 280 Millionen.

Von ihnen sind 110 Millionen in Staatsbetrieben (SOEs) und Regierungsämtern beschäftigt, 36 Millionen in kommunalen Unternehmen, 110 Millionen in Unternehmen der Kleinstädte und Dörfer (township and village level enterprises = TVEs), 25 Millionen in ausländischen Unternehmen (foreign-invested enterprisese = FIEs) und der Rest in anderen Arten von Unternehmen.

Die genaue Zahl der Mingong - ein Ausdruck, der "Arbeiterbauer" bedeutet - ist unbekannt, aber sicher höher als 100 Millionen. Sie arbeiten in TVEs (sie stellen die Mehrzahl der Arbeiter in den TVEs), den FIEs (der Anteil der Mingong ist nach Regionen unterschiedlich, aber im allgemeinen sind mehr als die Hälfte der Arbeiter in den FIEs Mingong) und einige arbeiten in Privatunternehmen (POEs), der Bauindustrie und kleinen Bergwerken.

Obwohl sie in verschiedenen Industrien arbeiten, werden die Mingong nicht offiziell als Arbeiter anerkannt - sie sind gemäß ihrer Meldebescheinigung (hukou) immer noch Bauern. Die Zahl der Mingong steigt, aber ihre Rechte sind nicht geziemend geschützt.

Das Chinesische Neujahr ist eine Zeit der Feierlichkeiten und Familientreffen; es ist auch die Zeit, in der die Mingong massiv in ihre Heimatprovinzen zurückgehen. Deshalb ist es angemessen, die Mingong als Titelgeschichte dieser Ausgabe zu nehmen, um ihre Situation besser verstehen zu können.

Wer sind die Mingong?

Der Begriff Mingong bezieht sich auf Bauern aus ländlichen Gebieten, die in verschiedenen Industrien beschäftigt sind. Obwohl sie Arbeiter sind, wird ihr Status nicht offiziell anerkannt. Jedoch hat sich die Zahl der Mingong dramatisch erhöht, infolge der rapiden ökonomischen Entwicklungen im letzten Jahrzehnt oder so, und sie stellen gegenwärtig beinahe die Hälfte der Arbeitskräfte in China.

Der massive Fluß von Arbeitskraft in die Städte liegt hauptsächlich am zunehmend schwierigen Leben in den ländlichen Gebieten - ungenügend Agrarland,

steigende Kosten des landwirtschaftlichen Anbaus, Steuern und Gebühren verschiedener Art. In der Hoffnung, so ihre Lebensbedingungen verbessern zu können, verlassen viele Bauern ihre Heimat und suchen Arbeit in den Städten. Viele sind in den FIEs in den Küstenregionen beschäftigt, aber müssen immer noch ihren ländlichen hukou behalten. Deshalb, auch wenn sie es geschafft haben, einen industriellen Arbeitsplatz zu bekommen, werden sie nicht offiziell als "Arbeiter" angesehen. Sie werden als Mingong klassifiziert, deutlich unterschieden von Arbeitern mit städtischem hukou. Diese Kategorisierung bedeutet, daß den Mingong viele Rechte, wie Arbeits- oder soziale Sicherheit verweigert wird.

Mehr als 25 Millionen Mingong, so wird geschätzt, reisen durch die Provinzen auf der Suche nach Arbeit. Die Statistiken des Landwirtschaftsministeriums enthüllen, daß über 50 Millionen Mingong im Jahr 1993 in die Städte gezogen sind (die Zahl enthält nicht diejenigen Mingong, die in örtlichen TVEs arbeiten). Die Mingong konzentrieren sich auf folgende Regionen: Perlenflußdelta (6,5 Mill.), Gebiete um Shanghai, Ningbo und Hangzhou (1,2Mill.), Beijing und Tianjin (1,05Mill.) und die Küstengebiete der Fujianprovinz (800 000).

Außer dieser massiven Mingongarbeitskraft aus verschiedenen Provinzen, gibt es noch eine bedeutende Anzahl, die in TVEs arbeitet. Während des letzten Jahrzehnts gab es eine gewaltige Zunahme bei den TVEs. Außer einigen Kleinstadtunternehmen, die einen größeren Anteil von Arbeitern mit Stadthukou beschäftigen, sind die meisten Arbeiter aus ländlichen Gegenden. Außerdem sind die meisten aus nahegelegenen Dörfern, der Rest aus anderen Provinzen. 1994 war die Gesamtzahl der Arbeiter der TVEs 112 Millionen. 1990 gab es sieben Provinzen, in denen fünf Millionen oder mehr Arbeiter in TVEs beschäftigt waren: Shangdong (Nordost), Hebei und Henan (Mitte), Sichuan (Südwest) und die Küstenprovinzen Jiangsu, Zhejiang und Guangdong.

Die Entwicklung der TVEs begann vor einem Jahrzehnt und über die Hälfte der Belegschaften kam aus ländlichen Gebieten. Die Statistiken zeigen, daß in einigen TVEs fast alle Beschäftigten, mit Ausnahme der Geschäftsleitung (die Partei- oder Staatskader sind), Mingong sind. Deshalb muß die Zahl der Mingong in TVEs über 50 Millionen liegen.

Wenn also 50 Millionen Mingong in städtischen Unternehmen arbeiten und man jene in den TVEs und anderen Unternehmen hinzuzählt, dann liegt die Gesamtzahl wahrscheinlich sogar höher als 130 Millionen.

Die Rechte der Mingong

Die Mingong arbeiten vor allem in POEs, FIEs und TVEs, wo im allgemeinen die Arbeiterrechte schwerer verletzt werden.

Die meisten TVEs und POEs sind Kleinunternehmen. Im Durchschnitt ist die

Beschäftigtenzahl in Dörfern bei Kollektivunternehmen 78, bei Privatunternehmen 30. In kleineren Dörfern fällt die Zahl für Kooperativen auf 9,3, bei Privatfirmen auf 3. Kommunalverwaltungen haben keinen genaue Kontrolle über kleine Unternehmen. Außerdem bedeutet der Filz zwischen Management und Verwaltung eine weitere Schwächung der Rechte der Mingong.
In den FIEs sind die Bedingungen ebenfalls schlecht. Um ausländische Investitionen anzulocken, beschwichtigt die Regierung die ausländischen Investoren, indem sie einem "nichtinterventionistischen" Standpunkt in Bezug auf die Ausbeutung der Arbeiter annimmt.
Einige der ernsthafteren Probleme sind folgende:

1. Industrielle Unfälle und Gesundheit am Arbeitsplatz

In den zehn Jahren 1984-93 betrug die Zahl der Todesfälle in den kleinen Kohleminen 41.000. Das bedeutet, daß pro Jahr allein in den kleinen Kohlebergwerken, wo die meisten Arbeiter Mingong sind, im Durchschnitt 4100 Bergarbeiter starben. In der südlichen Küstenprovinz, einem Lieblingsziel der Mingong, gab es von Januar bis September 93 in der Bergwerksindustrie 889 Unfälle mit 776 Toten. Dies entspricht einer Zunahme von 32%, beziehungsweise 43,17%, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 92. In den meisten Fällen sind die Opfer Mingong.
Die hohe Zahl der Unfälle kommt von der unkontrollierten Korruption und dem Mangel an Überwachung durch die Regierung, die dem Management skrupellose Profitmaximierung auf Kosten der Bergarbeiter ermöglicht.
Leben und Gesundheit der Mingong sind ständig bedroht. Technologietransfer bedeutet oft, daß veraltete Maschinerie und gefährliche Industrien von den ausländischen Investoren aufgebaut werden. Es gibt auch einen Transfer von gefährlichen Industrien von großen städtischen Unternehmen zu den TVEs, wo die Gesundheit der Arbeiter weiterhin ignoriert wird.
Eine Studie über sieben FIEs in Zhuhai, Provinz Guangdong, stellt fest, daß in ihnen die Werte bei giftigen Gasen wie Benzol, Toluol und Xylol, acht- bis zehnmal höher sind als der nationale Sicherheitsstandard. In Xianmenstadt, in der südöstlichen Küstenprovinz Fujian, stellten Routineinspektionen bei 11 FIEs auf Staubbelastung fest, daß von 21 staubbelasteten Arbeitsplätzen, 14 die nationalen Grenzwerte überschritten.
Bei den Werten für giftige Gase lagen 18 von 23 inspizierten Arbeitsplätzen über dem nationalen Standard, und von den 69 auf Lärm überprüften Arbeitsplätzen waren 33 unter dem Sicherheitsstandard. Das Gesundheits- und das Landwirtschaftsministerium ordneten eine Untersuchung der TVEs in 30 Landkreisen an. Diese zeigte, daß 60% aller Arbeiter in gefährlichen Industrien keine oder unzureichende Sicherheitseinrichtungen zur Verfügung stehen, und

daß 90% aller staubbelasteten Arbeitsplätze bei dieser Untersuchung gegen die nationalen Gesundheitsstandards verstießen. Darüberhinaus litten 4,4% der Arbeiter unter schweren Berufskrankheiten.

2. Tyrannische Managements verletzen die Würde der Mingong

Die Managements der TVEs sind offenkundig paternalistisch, im Gegensatz zur Tradition eines Systems von feudalistischer oder kommunistisch-bürokratischer Kontrolle. Entwürdigende Kritik und körperliche Gewalt sind üblich, und manchmal wird sogar die Freizügigkeit der Mingong eingeschränkt.

Die Situation für die Mingong in den FIEs ist kaum besser. Der Kreisverband Guangdong des Gewerkschaftsbundes ACFTU ließ eine Untersuchung über 1500 Mingong in 20 FIEs durchführen; 25,4% der Untersuchten waren die Papiere, wie Personalausweise, befristete Meldebescheinigungen und Reisegenehmigungen vom Management abgenommen worden, um ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken. 18,9% klagten darüber, daß sie oder Freunde geschlagen, beschimpft oder gedemütigt worden waren. Bei über 90% der FIEs gab es Hinweise auf Verletzung der Rechte der Mingong.

3. Lange Arbeitszeiten und hohe Arbeitsbelastung

Obwohl das Arbeitsrecht einen Achtstundentag festsetzt, arbeiten die Mingong in FIEs und POEs 10-12 Stunden am Tag, manchmal sogar 15 -15 Stunden. Sie haben nur einen oder zwei freie Tage im Monat, manchmal gar keinen. Die langen Arbeitszeiten und die hohe Arbeitsbelastung stellen eine Bedrohung der Gesundheit der Mingong dar, und es ist nicht unüblich, daß manchmal Mingong an Erschöpfung sterben.

4. Kein sicheres Einkommen

Verglichen mit anderen Arbeitern gehören die Mingong in die Niedriglohnkategorie und genießen kein stabiles Einkommen. 1989 betrug das Einkommen derjenigen in dörflichen Kollektivunternehmen lediglich 60% des Einkommens in nationalen Kollektivunternehmen (57,8% in 1990). In Privatunternehmen auf Dorfniveau wird sogar noch weniger verdient. 1990 war dort das Einkommen 49% vom Einkommen in nationalen Kollektivunternehmen.

Eine Studie von 75 FIEs in den Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Zhuhai und Shantou zeigte, daß 41 (55%) Löhne anbieten, die unter dem offiziellen Mindestlohn liegen, die Niedrigsten lagen bei 140 Yuan im Monat.

Unterbezahlung und Lohnrückstände sind üblich, das Management erfindet oft Entschuldigungen, um nackte Ausbeutung zu rechtfertigen. Einige zwingen die Mingong zu unbezahlten Überstunden, oder mit Bezahlung, die unter den gesetzlichen Vorschriften liegt.

5. Weibliche Mingong und Kinderarbeit

FIEs, POEs und TVEs mißachten oft die Rechte der Arbeiterinnen. Viele erfüllen beispielsweise nicht die gesetzliche Pflicht zur Bereitstellung der "drei Räume" (Waschraum, Ruheraum für Schwangere, und Säuglingspflegezimmer) und unvollständiger Mutterschaftsurlaub und niedrigere Urlaubsbezahlung ist üblich. Es gibt keine sicheren Arbeitsplätze für weibliche Mingong in den FIEs und Sonderwirtschaftszonen; wenn sie 25 Jahre alt sind, haben sie zwei Möglichkeiten - zu kündigen oder gekündigt zu werden.

Immer mehr Kinder unter 16 arbeiten nebenbei in örtlichen TVEs oder POEs und einige werden gleich ganz Mingong. Drastische Zunahmen von Schul- und sonstigen Gebühren zwingen sie, die Schule zu verlassen, und ihre Einkommen, obgleich mager, helfen die finanziellen Schwierigkeiten ihrer Familien zu lindern. Natürlich sind die Firmen nur zu gern bereit, die jungen Arbeiter einzustellen, wegen der niedrigeren Löhne. Regierungsstatistiken zufolge, umfaßte die Mingongarbeitskraft in der Provinz Guangdong 500.000 Kinder, die Arbeiter sind. Sie arbeiten hart, verdienen wenig und jegliche Arbeitsrechte werden ihnen verweigert.

Mangel an sozialer Sicherheit

Ein umfassendes Gesetz zur sozialen Sicherheit soll in der ersten Hälfte des Jahres 1995 dem Nationalen Volkskongress zur Zustimmung vorgelegt werden (das sollte eigentlich schon 1994 geschehen). Jedoch sind verschiedene Gesetze und Bestimmungen bereits von lokalen Regierungen in Kraft gesetzt worden. Es ist bemerkenswert, daß Art und Ausmaß der Sozialversicherung für Arbeiter vom Lande deutlich von der für Arbeiter in der Stadt abweichen.

Renten- und Unfallversicherung gelten für Arbeiter der Städte und Mingong, die letzteren haben jedoch keine Kranken- oder Arbeitslosenversicherung.

Die Bestimmungen der Sozialversicherung für die Beschäftigten in der Sonderwirtschaftszone Zhuhai in der Provinz Guangdong berechtigen die Arbeiter zur Familienplanungsversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung und zur Arbeitslosenversicherung (Beiträge werden von Arbeitern und Unternehmen erhoben, wobei die Firmen den Hauptanteil tragen). Aber die Mingong haben nur Renten- und Unfallversicherung. Sie heiraten selten in Zhuhai, weil die ökonomischen Bedingungen und die Wohnungspolitik dies nicht möglich machen. Daher sagt die Regierung, daß sie keine Familienplanungsversicherung benötigen. Sie brauchen auch keine Arbeitslosenversicherung, denn die Regierung besteht darauf, daß sie nach Hause zurückkehren, falls sie ihren Job verlieren.

Jedoch gibt es keinen Grund, warum nicht auch Mingong in den Genuß einer Krankenversicherung kommen sollten, besonders da die Krankheitskosten stei-

gen. Zahlen von 1993 zeigen, daß in den Städten jeder Besuch eines ambulanten Krankenhauses 47,7 Yuan kostet (mehr in den Küstenstädten) und daß stationär aufgenommene Patienten 1583 Yuan bezahlen müssen. Die Mingong müssen für ihre medizinischen Kosten selbst aufkommen, obwohl viele sich das nicht leisten können. Wenn sie Glück haben, bekommen sie Unterstützung von anderen Mingong aus der selben Provinz, das rettet sie vorm Schlimmsten.
Die Mehrzahl der Mingong sind überschüssige Arbeitskraft aus der Landwirtschaft, wo die Arbeit abnimmt. Deshalb gibt es, falls sie ihre Jobs verlieren, keinen großen Unterschied zu ihren städtischen Kollegen - sie haben kein Einkommen, wenn sie in ihre heimischen Dörfer zurückkehren. Der einzige Unterschied ist der hukou. Angesichts dieser Umstände, wäre es eine vernünftigere Maßnahme, den Mingong eine rechtliche Gleichstellung zuzubilligen, einschließlich gleichem Versicherungsschutz, falls sie eine gewisse Zeit in den Städten gearbeitet haben. Dies macht Erweiterungen des Arbeitsrecht und der Bestimmungen, die die Arbeitsverträge regeln, unumgänglich. Erst dann können die Arbeiterrechte geschützt werden.
Die Mingong, die in dörflichen Bergbauunternehmen arbeiten, haben überhaupt keine Sozialversicherung, da die Mehrzahl dieser Unternehmen keinen Vorschriften unterliegt. Wenn ihnen gekündigt wird, ist es unwahrscheinlich, daß sie zur Landwirtschaft zurückkehren, denn es gibt nicht genug Farmland. Daher sollten sie die gleichen Rechte auf Sozialversicherung haben.
So unvollkommen es auch ist, sollte das Gesetz durchgesetzt werden. Das praktische Problem ist, daß die meisten nicht-SOEs nicht einmal die existierenden laschen Bestimmungen einhalten. Die Unternehmen wollen einfach Kosten sparen; sie leisten keinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, so daß die Arbeiter nicht einmal den Schutz genießen, auf den sie einen Anspruch haben.

Sichere Arbeitsplätze?

Man kann die Mingong grob nach der Lage ihres Arbeitsplatzes in zwei Kategorien einteilen - die, die in Unternehmen in den Städten arbeiten und die, die in TVEs arbeiten. Was die Sicherheit der Arbeitsplätze betrifft, bleibt das gleich: es gibt keine. Die Regierung sieht sie immer noch als "Bauern" an und deshalb gibt es keinen Kündigungsschutz (das gilt auch für die geringe Anzahl an bezahlten Hilfskräften in der Landwirtschaft). Sie haben selten Arbeitsverträge und können deshalb beliebig entlassen werden, ohne Abfindung oder Recht auf Wiedereinstellung.
Ökonomisch und kulturell werden die Mingong, die in den Städten und Sonderwirtschaftszonen arbeiten, von ihren urbanen Kollegen als Underdogs angesehen; sie tragen die Hauptlast von Ausbeutung und Diskriminierung. Einige gehen lieber wieder zurück in ihre Heimatdörfer, aber viele bleiben, bis sie das

Heiratsalter erreichen oder keine Jobs mehr kriegen können. Und zwar weil sie fünf- bis sechsmal so viel verdienen können wie in der Landwirtschaft, und so die finanzielle Last ihrer Familien zuhause erleichtern können.
Obwohl sie bleiben und arbeiten wollen, können sie immer entlassen werden, mit oder ohne Grund. Viele Mingong haben ein- oder zweijährige Arbeitsverträge, in denen steht, daß sie nicht willkürlich gekündigt werden können, trotzdem sind willkürliche Kündigungen üblich. Es ist für die Mingong schwierig, in Einzelfällen Abfindungen zu kriegen, den die Regierung tendiert zur Seite der Unternehmen. Nur wenn sie als Gruppe gefeuert wurden und eine Beschwerde bei der Arbeitsverwaltung einreichen, wird die Regierung aktiv und versucht zu vermitteln. Abfindungen sind trotzdem nicht garantiert.
Und falls die Mingong nicht während der Dauer ihres Arbeitsvertrages entlassen werden, dann verlängert das Management vielleicht den Vertrag nicht. Das ist rechtmäßig und das Management braucht keine Gründe anzugeben. Mit Ausnahme einer kleinen Zahl von Facharbeitern, sind die meisten weiblichen Mingong nach dem 25 Lebensjahr nicht mehr in der Lage, eine Anstellung zu finden (bei den Männern nach dem 30sten Lebensjahr).
Verhängnisvoll für die Sicherheit der Arbeitsplätze der Mingong ist eher das Vertragssystem als solches, weniger die vertragswidrigen willkürlichen Kündigungen (es gibt immer noch juristische Möglichkeiten, Abfindungen oder Wiedereinstellungen zu erreichen, auch wenn die Chancen gering sind). Vor den sogenannten Wirtschaftsreformen stellten SOEs und COEs auch Mingong bei Produktionsspitzen auf Saison- oder Kurzzeitbasis an. Sie waren Aushilfen und stellten einen äußerst geringen Teil der Gesamtbelegschaft dar, die Mehrzahl der Arbeiter waren Festeingestellte aus den Städten.
Seit Oktober 86 sind jedoch die Übergangsbestimmungen zur Einführung des Vertragssystems bei Staatsunternehmen in Kraft. Alle neuen Arbeiter werden mit Verträge eingestellt, die die Arbeitsbedingungen und die Dauer der Beschäftigung festlegen. Lebenslange Beschäftigungsgarantie existiert nicht mehr; die Kollektivunternehmen folgten dem Beispiel. In der Praxis werden die Verträge immer weiter verlängert (lediglich infolge der Regierungspolitik, es gibt keinerlei Rechtsanspruch), falls ein Unternehmen nicht in ernsten ökonomischen Schwierigkeiten ist oder Pleite geht.
Aber dieses Vertragssystem hat deutliche Auswirkungen für die Arbeiter in anderen Arten von Unternehmen. In der Anfangsphase der Wirtschaftsreformen hatten die meisten Arbeiter in den aus dem Boden schießenden POEs und FIEs keinen Arbeitsvertrag und konnten jederzeit entlassen werden. Obwohl das Vertragssystem jetzt weithin übernommen wurde, stellt es eher eine juristische Rechtfertigung für das Loswerden von "Alten" dar, dies betrifft sowohl städtische Arbeiter, als auch Mingong. Es ist leicht neue, frische Arbeiter zu finden.

Mingong sind schlechter dran als städtische Arbeiter, da sie geringe Chancen haben, einen Job in einem SOEs zu kriegen, wo die Arbeitsplätze sicherer sind; sie sind auf POEs und FIEs angewiesen. Außerdem wird von ihnen erwartet, daß sie nach Ablauf ihres Vertrages in ihre Heimatdörfer zurückkehren, wenn sie keinen neuen Job finden können. Diejenigen, die als "Stadtstreicher" bei einer von den Stadtverwaltungen willkürlich durchgeführten Razzien erwischt werden, können zum Fortgehen gezwungen werden. Viele enden für sechs Monate in Arbeitslagern. Städtische Arbeiter hingegen werden als arbeitslos angesehen und erhalten Arbeitslosengeld. Die Regierung fühlt sich verantwortlich, für sie Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, da dies nötig ist, um die Stabilität in den Städten aufrecht zu erhalten.
Die Regierung hat kleinere Zusätze zum Vertragssystem im Arbeitsgesetz erlassen (die ersten ihrer Art, angekündigt im Juli 94, in Kraft getreten im Januar 95). Absatz 20 setzt fest, daß "wenn ein Beschäftigter für zehn Jahre oder länger bei dem selben Arbeitgeber angestellt war, und wenn beide Vertragspartner der Vertragsverlängerung zustimmen, dann kann der Beschäftigte verlangen, daß ein unbefristeter Vertrag aufgesetzt wird und demgemäß solch ein Vertrag gültig wird." Es ist bedeutend, daß aufgrund dieses Zusatzes, das Management niemanden ohne guten Grund entlassen kann. Unglücklicherweise ist die Bedeutung für die Mingong gering, da sie selten für zehn Jahre oder länger eingestellt sind.

Die Mingong verteidigen ihre Rechte

Es gibt eine Grenze für die Duldsamkeit der Leute. Angesichts unfairer Behandlung und unbegrenzter Ausbeutung sind sich viele Mingong ihrer Rechte bewußt geworden, und haben kollektive Aktionen organisiert. Einige schreiben Petitionen an das Arbeitsministerium und den örtlichen Zweig des Gewerkschaftsverbandes, andere streiken.
Die Beijinger Zeitung Legal Daily schrieb am 22. Juni 94, daß es 1993 260 Streiks in den FIEs gab, wo die Mehrzahl der Arbeiter Mingong ist. Die tatsächliche Anzahl dürfte jedoch weitaus höher sein.
Zwischen März und Mai 93 fegte eine Streikwelle durch Zhuhai. Vom 9.März bis 23 Mai gab es 12 Streiks in 10 FIEs, wobei 7263 Arbeiter beteiligt waren und 18147 Arbeitstage verloren gingen. Unternehmen mit großen Streiks waren z.B. die japanische Canon (Zhuhai) Co.Ltd (über 800 Arbeiter beteiligt), die japanische Mita Electric Co. Ltd (700 Arbeiter beteiligt), und die taiwanesischen Schuhfabriken Mei-xing und Huang-xing (über 3000 Arbeiter beteiligt). Die Arbeiter protestierten gegen die hohe Arbeitsbelastung und die niedrigen Löhne.
In der taiwanesischen Schuhfabrik Yong-qi in Fuzhou, Provinz Fujian, stahl

eine Arbeiterin zwei Paar Schuhe und wurde dabei erwischt. Zwei taiwanesische Geschäftsführer, Zhang und Chen, zusammen mit drei Vorarbeitern und dem Wachmann, fesselten sie, schlugen sie und banden zwei Paar Schuhe um ihren Hals. Sie wurde dann in einen Hundezwinger gesperrt und öffentlich ausgestellt. Die anderen Arbeiter waren empört und gingen in Streik gegen eine solch abscheuliche, unzivilisierte Behandlung.
Wenn sie den Kampf aufnehmen, stehen die Mingong von zwei Seiten unter Druck - ohne Arbeitsplatzsicherheit riskieren sie den Verlust ihres Arbeitsplatzes; ohne Recht auf Organisierung ihrer eigenen Gewerkschaften und Streikrecht stehen sie staatlicher Repression gegenüber.
Zur Zeit kämpfen die Mingong noch gegen die unterdrückerischen Arbeitsbedingungen innerhalb der Unternehmen; sie haben allgemeinere Fragen der Arbeiterrechte noch nicht berührt, wie die Gründung unabhängiger Gewerkschaften, Streikrecht, Arbeitsplatzsicherheit und soziale Sicherheit. Wenn man jedoch die selbstgeschaffene Organisierung der Arbeiter und den Effekt eines Streiks betrachtet, dann sollte die Potenz zur Organisierung von Arbeitern aus verschiedenen Unternehmen nicht unterschätzt werden.
Es ist nicht lange her, daß einige Studenten nach Shenzhen gingen, um dort mit und für die Arbeiter zu arbeiten. Sie gaben ein Arbeiterbulletin heraus und appellierten an die Arbeiter, sich zu vereinen und für ihre Rechte aufzustehen. Sie versuchten auch, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, mit den Mingong als Hauptzielgruppe. Jedoch Mitte Mai 94 wurden Li Wen-wen, Kuang Le-Zhuang und Liao He-tang (Arbeiter) verhaftet. Seit damals wurde von ihnen nichts mehr gehört. Dies hat das zunehmende Bewußtsein für Arbeiterrechte bei den Mingong und ihren Kampf dafür nicht beeinträchtigt. Ungefähr Dezember 94 gab das Vorbereitungskommitee der Chinesischen Vereinigung der Arbeitsmigranten einen "Offenen Brief an die Arbeitsmigranten von China" heraus, in dem sie den Schutz der Regierung für die Rechte der Arbeitsmigranten (Mingong) fordern. Sie fordern die Arbeitsmigranten auch zur Vereinigung und Gründung eigener Gewerkschaften auf.